

Politisches Dokument

**Kongress der Europäischen Linken (European Left, EL)**

**17. bis 18. April 2026 in Brüssel**

**DIE ZUKUNFT GEWINNEN. GEGEN KÜRZUNGSPOLITIK, STOPP DER MILITARISIERUNG!**

**\*WIN THE FUTURE. FIGHT AUSTERITY. STOP MILITARISATION!\***

## **Einleitung**

Die Welt befindet sich im Umbruch. Die USA unter Trump, die Verstöße gegen das Völkerrecht, der Krieg in der Ukraine, der Völkermord in Gaza, der Krieg gegen den Iran und mehr als 50 weitere Kriege und Konflikte weltweit sind letztlich Ausdruck tiefgreifender, miteinander verflochtener Krisen in der heutigen Welt. Klimakollaps, Sparpolitik, Wettrüsten, Militarisierung, zunehmende Ungleichheit, die Aushöhlung und der Rückzug bei Frauenrechten und demokratischen Rechten sowie Vertreibung haben dieselbe Ursache: das unerbittliche Streben des Kapitalismus nach Profit und patriarchaler Herrschaft.

Die Welt verändert sich. Das Zentrum der wirtschaftlichen Dynamik verlagert sich nach Asien. Mit der Volksrepublik China sehen sich die USA nun einer Wirtschaftsmacht gegenüber, die ihnen ebenbürtig und in manchen Bereichen sogar überlegen ist. Andere Mächte des Globalen Südens befinden sich auf dem gleichen Weg.

Der Trumpismus ist die Reaktion einer Supermacht, die den Verlust ihrer wirtschaftlichen und technologischen Vorherrschaft durch Handels- und Industriekriege, einschließlich militärischer Gewalt, kompensieren und umkehren will. Die Kontrolle über Energieressourcen, Mineralien, seltene Erden, Handelswege, Daten, Informationstechnologie und künstliche Intelligenz ist zu einem neuen Schlachtfeld geworden.

Mit dem Angriff der Vereinigten Staaten auf Venezuela, gefolgt von Drohungen gegen Kolumbien, Kuba, Mexiko und Grönland, hat Trump die Monroe-Doktrin offiziell wiederbelebt – ein Schritt, der einen Rückschritt gegenüber den Fortschritten darstellt, die im Völkerrecht in den letzten 200 Jahren und durch die UN-Charta erzielt wurden. Angesichts des internen Niedergangs, globaler Machtverschiebungen und der demütigenden Diktate der von Trump geführten Vereinigten Staaten hat sich die EU-Elite für einen Weg der Militarisierung entschieden – nicht für sozialen Fortschritt.

Die Europäische Union wird von den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer dominierenden kapitalistischen Mächte bestimmt. Ihre Reaktion auf Krisen folgt einer verheerenden Logik: Sparpolitik, Autoritarismus und Krieg – alles im Dienste der imperialen Ambitionen des Blocks, sich Ressourcen und Einflussphären in Afrika und darüber hinaus zu sichern.

Überall sind es die Menschen und die Arbeiterklasse, die den Preis dafür zahlen. Soziale und demokratische Errungenschaften, zu denen die herrschenden Klassen durch die Kämpfe des 20. Jahrhunderts gezwungen wurden, werden angegriffen und in Frage gestellt.

Damit einher gehen die Förderung von Nationalchauvinismus und Rassismus, die Unterdrückung abweichender Meinungen, das Vorantreiben der Wehrpflicht zur Militarisierung der Jugend sowie die Stärkung autoritärer staatlicher Strukturen. Die Gefahr eines weltweiten Krieges rückt immer

näher. Donald Trumps Präsidentschaft verleiht der extremen Rechten weltweit erheblichen Auftrieb. Die Gründe für die Wahlerfolge dieser Parteien sind jedoch hausgemacht. Sie liegen vor allem in den sich verschlechternden und unsicheren Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung und der Arbeiterklasse begründet.

Ihre Unzufriedenheit ist berechtigt. Doch der Aufstieg der radikalen Rechten ist kein Phänomen, das von unten kommt, sondern von oben gesteuert wird, was zeigt, dass die reaktionärsten Fraktionen der Eliten das Vertrauen verloren haben, dass die durch ihre Herrschaft verursachten Krisen im Rahmen der liberalen Demokratie bewältigt werden können. Die Großindustrie sucht nach neuen Mehrheiten, um ihre Agenda der Deregulierung und der Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte durchzusetzen. Einige Konservative – wie Teile sowohl der EKR- als auch der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament – suchen bereits die Zusammenarbeit mit der extremen Rechten. Tatsächlich hat die Übernahme des rechtsextremen Diskurses durch konservative Parteien, Intellektuelle und die Medien zu dessen Normalisierung und zum Aufstieg rechter Parteien beigetragen.

Die Widersprüche des heutigen Kapitalismus bekommen junge Menschen am stärksten zu spüren. Sie stehen an vorderster Front sozialer Bewegungen und Kampagnen. Die kraftvollen sozialen Mobilisierungen der Arbeiterklasse, ihrer Gewerkschaften und der jungen Menschen in ganz Europa sind der lebende Beweis dafür, dass Fatalismus überwunden werden kann, denn sie verkörpern die kollektive Stärke und die Fähigkeit zur Veränderung, die das Fundament für Hoffnung bilden.

Die Ablehnung der Militarisierung durch die EL ist untrennbar mit der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse, ihrer Emanzipation und letztlich der Vision einer anderen Gesellschaft verbunden. Patriarchale Gewalt, Rassismus, migrationsfeindliche Politik und Autoritarismus sind keine Nebeneffekte, sondern Instrumente zur Stabilisierung eines ungerechten Systems. Eine vereinigende Perspektive, die soziale, geschlechtsspezifische und generationsbezogene Realitäten berücksichtigt, ist daher unverzichtbar.

Die EL ist bereit, sich mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften zusammenzuschließen, um zum Aufbau einer Bewegung beizutragen, die den Herausforderungen einer Welt im Umbruch gewachsen ist. Der Kampf gegen alle Erscheinungsformen der radikalen Rechten – Rassismus, antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus, Frauenfeindlichkeit, Hassrede und Chauvinismus – ist Teil der DNA unserer Partei.

Wir betonen: Die konsequenteste Form des Kampfes gegen den Faschismus ist der Kampf für die Überwindung des Kapitalismus und für den Aufbau einer neuen demokratisch-sozialistischen Gesellschaft – feministisch und ökologisch nachhaltig.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) fungiert als Kraft der Einheit und des Wandels, die in der Lage ist, den sozialen Widerstand – insbesondere der jüngeren Generation – in ein politisches Projekt für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und ökologischen Wandel in Europa zu gießen.

## **I. Nein zur Militarisierung - Ein Europa des Friedens**

*“Capitalism carries war within it as the cloud carries the thunderstorm.”*

*Jean Jaurès*

*„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke das Gewitter.“*

*Jean Jaurès*

In einer Welt zunehmender Rivalitäten zwischen etablierten und aufstrebenden Mächten verstärkt der Trumpismus militaristische, chauvinistische und autoritäre Tendenzen in Europa und weltweit.

Der Beschluss der NATO, die Militärausgaben auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, übt enormen Druck auf die Gesellschaften aus und untergräbt den sozialen Zusammenhalt. Leider haben sich die EU und ihre Mitgliedstaaten dieser Agenda angeschlossen.

Wir lehnen das von der NATO und den EU-Eliten vorangetriebene „Jahrhundert der Aufrüstung“ entschieden ab, dessen erklärtes Ziel es ist, unsere Gesellschaften „kriegsfähig“ zu machen. Offensichtlich werden die Lehren aus zwei Weltkriegen in Europa leichtfertig beiseitegeschoben.

Wir lehnen die Militarisierung unserer Gesellschaft in all ihren Formen ab: Sparmaßnahmen im Namen steigender Militärausgaben, die Vorbereitung des Gesundheitssystems auf den Krieg, den Ausbau militärisch-orientierter Forschung und Entwicklung sowie die Einbeziehung des Militärs in Schulen und Klassenzimmer in vielen europäischen Ländern.

Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen strebt danach, die EU in einen „geopolitischen Akteur“ zu verwandeln. Wie sie bereits 2019 – lange vor dem Krieg in der Ukraine – erklärte, müsse die EU lernen, „die Sprache der Macht zu sprechen“. Damit wird Europas eigene gewalttätige Kolonial- und Imperialgeschichte auf zynische Art und Weise ignoriert. Heute sind „Geopolitik“ und „Kriegswirtschaft“ die Schlagworte des Aufbaus eines militarisierten Blocks, nicht einer Friedensgemeinschaft.

Jedoch gilt: Wahre europäische Souveränität und Sicherheit können nur durch einen Bruch mit dieser imperialen „Sprache der Macht“ geschaffen werden. Die Antwort auf Russlands rechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine und auf die Vorherrschaft der USA über Westeuropa kann weder die Militarisierung der EU sein, noch Versuche, die EU in eine imperialistische Supermacht zu verwandeln. Die EL lehnt diese Politik ab, die Europa an den Rand eines allgemeinen Krieges gebracht hat, und fordert eine wirklich unabhängige Europäische Union, die Diplomatie, Verhandlungen, Völkerrecht und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund stellt.

In der sich verschärfenden Konfrontation zwischen den Großmächten sind es die Arbeiter\*innen hier und überall, die die Kosten schultern. Das sich beschleunigende Wettrüsten zehrt an den öffentlichen Ressourcen, schürt Unsicherheit und verursacht in jeder Phase – von der Waffenproduktion bis hin zu militärischen Einsätzen – schwere ökologische Schäden.

Die EL lehnt den Plan ab, die europäische Industrie in eine Kriegswirtschaft umzuwandeln, der in der herrschenden Klasse zunehmend Unterstützung findet.

Wir lehnen die Rüstungsprogramme der EU ab, die enorme Gewinne für US-amerikanische und zunehmend auch westeuropäische Rüstungsunternehmen (Airbus Defence and Space, Leonardo S.p.A., Thales Group, Rheinmetall und andere) auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung generieren. Wir lehnen die Militarisierung unserer Gesellschaften und die Wiedereinführung bzw. Ausweitung der Wehrpflicht, einschließlich der Wehrpflicht für Frauen, ab.

Wir unterstützen die Kampagne „*Stop Rearm Europe*“, ihre Ausweitung auf alle Länder sowie die aktive Einbindung sozialer Akteure – insbesondere der Arbeitnehmer\*innen – mit einer klaren Alternative: ökologische Umstrukturierung statt militärischer Aufrüstung. Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und ökologisches Überleben sind untrennbar mit Frieden verbunden. Menschliche Sicherheit umfasst Frauenrechte, Schutz vor Pandemien, Schutz vor Klimawandel sowie vor Mangel an Nahrungsmitteln, Zugang zu Wasser und Gesundheitsversorgung. Dies erfordert eine Umverteilung von Ressourcen weg von Militärausgaben hin zu den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung.

Als Partei, die sich dem Frieden und der Arbeiterklasse verpflichtet fühlt, tritt die Europäische Linke (EL) für ein Konzept der kollektiven Sicherheit ein, das inklusiv, kooperativ und unteilbar ist – ohne vorher festgelegte Feinde.

Die EL fordert:

- ein Verbot der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und anderswo in Europa
- den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa
- den Abschluss eines internationalen Vertrags, der den Abzug von Mittel- und Kurzstreckenraketen aus Europa und weltweit gewährleistet

Globale nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle, Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen sind unerlässlich, um Kriege zu verhindern und eine sicherere Welt zu gewährleisten. Wir begrüßen daher alle Initiativen, die die Rüstung und das Risiko ihres Einsatzes verringern, und fordern:

- die Unterzeichnung und Umsetzung des UN-Vertrags über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) durch die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie durch alle Staaten weltweit
- die Aufnahme multilateraler Verhandlungen zwischen den Atommächten zur Reduzierung ihrer Arsenale mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt bis 2040, unterstützt durch starke europäische Initiativen
- die Einhaltung des Ottawa-Vertrags über das Verbot von Antipersonenminen

Heute kann kein Land Sicherheit auf Kosten anderer erreichen. Sicherheit muss gemeinsam und unteilbar sein. Reduzierte Streitkräfte sollten ausschließlich zu Verteidigungszwecken bestehen, im Rahmen eines umfassenderen und überprüfbaren Prozesses der internationalen Abrüstung, ausgedrückt im Konzept der „nicht-offensiven Verteidigung“.

Wir unterstützen die Wiederbelebung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), um eine neue Sicherheitsordnung vom Atlantik bis zum Ural zu schaffen – ein „Helsinki 2.0“. Dies setzt die uneingeschränkte Achtung der Neutralität und der Blockfreiheit als positive Beiträge zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur voraus.

Wir unterstützen Irlands Bestrebungen nach der Wiedervereinigung des Landes und seiner militärischen Neutralität sowie Österreichs dauerhaften Neutralitätsstatus.

Wir fordern den Abzug der türkischen Truppen aus Zypern und unterstützen die Wiedervereinigung der Insel im Rahmen einer bizonalen, bikommunalen Föderation. Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung Grönlands, die das Recht hat, in einem dekolonisierten, selbstbestimmten und entmilitarisierten Land zu leben.

Krieg und Unsicherheit führen zu Vertreibung und unfreiwilliger Migration. Als europäische Linke (EL) verteidigen wir das Recht auf Flucht und Asyl ebenso wie das Recht jedes Einzelnen auf Bleiben.

### **Der weltweite Aufstieg von Autoritarismus und Militarismus**

In rund fünfzig Ländern herrschen derzeit Krieg oder bewaffnete Konflikte, an denen oft ausländische Söldner beteiligt sind, die im Auftrag transnationaler Konzerne und ausländischer Mächte handeln und Waffen einsetzen, die von den USA, Europa oder Russland geliefert wurden. Der Sudan und die Demokratische Republik Kongo sind die tragischsten Beispiele.

Die EL setzt sich für ein rechtsverbindliches, umfassendes internationales Verbot von Waffenexporten in Regionen ein, die von militärischen Konflikten und Bürgerkriegen betroffen sind.

### **Palästina: eine Bewährungsprobe für das Völkerrecht und die Menschenrechte**

Die Europäische Linke (EL) hat die Angriffe der Hamas vom 7. Oktober einstimmig verurteilt. Gleichzeitig verurteilen wir den Völkermord, die ethnische Säuberung, die Besetzung und die Apartheidpolitik, die Israel dem palästinensischen Volk seit 1948 auferlegt. Wir fordern einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, ein Ende der Blockade des Gazastreifens und der Besetzung palästinensischer Gebiete sowie die uneingeschränkte Achtung des Völkerrechts und der UN-Resolutionen durch alle Konfliktparteien und die internationale Gemeinschaft.

Die EL fordert die europäischen Staaten auf, die notwendigen Schritte zur Aufhebung der Blockade des Gazastreifens zu unternehmen. Dies erfordert die Beendigung des Waffenhandels und der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, den Schutz von humanitären Helfer\*innen und Journalist\*innen sowie die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen.

Die Verwirklichung einer tragfähigen Zwei-Staaten-Lösung mit gleichen Rechten und Sicherheit für alle bleibt ein wesentliches Element eines gerechten und dauerhaften Friedens in der gesamten Region. Die EL fordert alle europäischen Staaten auf, den palästinensischen Staat innerhalb der Grenzen von 1967 anzuerkennen, und diejenigen, die dies bereits getan haben, eine Koalition zu bilden, um die notwendigen Schritte hin zu seiner Etablierung vor Ort zu unternehmen.

Die Kriminalisierung der Solidarität mit Palästina muss ein Ende haben. Es ist unsere Pflicht, uns gegen die Ausnutzung des Krieges im Nahen Osten zum Schüren von Antisemitismus und anti-muslimischem Rassismus zu wehren.

## **Ukraine: Für einen Verhandlungsfrieden**

Die Europäische Linke (EL) hat Russlands Aggression gegen die Ukraine vom ersten Tag an einstimmig als Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen verurteilt. Sie anerkennt und unterstützt das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung und Sicherheit.

Darüber hinaus fordern wir ein sofortiges Ende des Krieges, einen dauerhaften Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Der Krieg in der Ukraine hat eine jahrzehntelange Vorgeschichte, die sowohl von der Russischen Föderation als auch von der internationalen Gemeinschaft (EU, NATO) ignoriert wurde und eine der Hauptursachen für den brutalen Angriff auf die Ukraine ist.

Jede kritische Analyse muss sowohl die Verurteilung der rechtswidrigen Aggression Russlands als auch eine Kritik an der jahrzehntelangen NATO-Erweiterung beinhalten, die von der Linken abgelehnt wird; deshalb ist der andauernde Konflikt nicht nur zwischen Russland und der Ukraine, sondern auch zwischen Russland und der NATO, als Folge gescheiterter internationaler Verhandlungen über ein umfassendes Sicherheitssystem und gegenseitiges Vertrauen in Europa.

Die EL fordert eine nachhaltige Lösung, die Frieden, Souveränität und Sicherheit für die Ukraine sowie für alle Völker und Staaten in der Region gewährleistet. Russland muss die Souveränität der Ukraine und ihr Recht auf Sicherheit respektieren, während die NATO von einer weiteren Expansion Abstand nehmen muss. Dies bedeutet, dass die Ukraine unter der Schirmherrschaft der UNO ihre Neutralität mit internationalen Sicherheitsgarantien erklärt.

Wir fordern diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges, anstatt Milliarden Euro für Waffenlieferungen auszugeben, die ihn schüren. Zynischerweise hat die EU ihre Hilfe ausschließlich an Kredite geknüpft, die mit Auflagen wie dem Abbau von „Handelsbarrieren“ zugunsten großer europäischer Konzerne verbunden sind – eine Ausnutzung des Krieges für neoliberale Zwecke. Wir kämpfen für einen Schuldenerlass für die Ukraine und für die Umwidmung von Militärausgaben zugunsten des Wiederaufbaus und der sozialen Erholung aller vom Krieg betroffenen Menschen.

Jeder Mensch hat das Recht, Befehle zum Töten zu verweigern. Daher unterstützen wir Kriegsdienstverweigerer aus allen Lagern und fordern die Umwidmung von Militärausgaben zugunsten des Wiederaufbaus und der sozialen Erholung.

## **Aufbau einer friedlichen und gerechten Zukunft**

Europas Verteidigung und Sicherheit müssen in die Verantwortung Europas übergehen. Wir fordern die Schließung ausländischer Militärstützpunkte auf europäischem Boden und die Auflösung der NATO zugunsten eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems. Zum 50. Jahrestag des Helsinki-Abkommens fordern wir konkrete Schritte: regionale Abrüstungsinitiativen, atomwaffenfreie Zonen, die Entmilitarisierung sensibler Regionen wie der Arktis und der Ostsee sowie eine stärkere Unterstützung unabhängiger Friedensforschung.

Die Geschichte lehrt uns eine klare Lektion: Kriege und Wettrüsten werden niemals von oben gestoppt. Die Machthaber\*innen geben Militarisation und Krieg nur dann auf, wenn sie dazu gezwungen werden – durch Druck von unten. Es sind die einfachen Menschen, die die Macht haben, den Lauf der Geschichte zu ändern.

Wenn die Arbeiterbewegung und die Friedensbewegung zusammenstehen, wird echter Wandel möglich.

## **II. Unser Leben ist nicht käuflich – Nein zur Kürzungspolitik!**

21 Prozent der EU-Bevölkerung – 93 Millionen Menschen – leben in Armut, während sich das Vermögen der reichsten 0,001 Prozent seit 1995 mehr als verdoppelt hat. Dies ist kein Versagen der Politik, sondern das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen. Das Ziel der europäischen Kommission, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen bis 2050 um lediglich 15 Millionen zu senken, ist skandalös unzureichend. Die europäische Säule sozialer Rechte, der es an bindender Rechtskraft mangelt und die der Sparpolitik untergeordnet ist, bleibt weitgehend symbolisch.

Zudem leiden weite Teile des Kontinents weiterhin unter hohen Arbeitslosenquoten, verschärft durch das gravierende Problem der Schwarzarbeit, einer wahren Plage, von der Millionen von Migrant\*innen und europäischen Bürger\*innen gleichermaßen betroffen sind. Länder wie Griechenland sehen sich mit dem Abbau des Arbeitsrechts und Niedriglohnjobs konfrontiert, die das Ergebnis staatlicher Politik sind.

Das Sparregime, das 2008 im Zuge der Finanzkrise europaweit verhängt wurde, ist ein koordinierter Angriff auf Löhne und öffentliche Dienstleistungen. Auch dies war eine bewusste politische Entscheidung: Wettbewerbsfähigkeit wurde neu definiert als Senkung der Arbeitskosten und Sozialstandards zugunsten des Kapitals, wodurch Wohlstand aus dem öffentlichen Sektor und den Taschen der Arbeitnehmer\*innen in den Finanzsektor und in Unternehmensgewinne umgeleitet wurde.

Nach zwei Jahrzehnten der Sparpolitik versucht die europäische Elite nun, eine neue, noch brutalere Phase sozialer Kürzungen durchzusetzen, um ihren militärischen Aufbau zu finanzieren. Zudem dreht die EU die im Rahmen des *Green Deal* erzielten Fortschritte radikal zurück und nutzt dabei die Militarisierung als Vorwand.

### **Die EL setzt sich für die Solidarität zwischen den Generationen ein**

Die Angriffe auf die Renten der Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa haben einige der symbolträchtigsten sozialen Kämpfe der letzten Jahre ausgelöst. Von den massiven und anhaltenden Mobilisierungen in Frankreich und Spanien gegen die Rentenreformen über die entscheidenden Streiks in Belgien bis hin zu den anhaltenden Debatten in Deutschland - der Kampf um die Renten hat wiederholt Millionen Menschen auf die Straße gebracht und die politische Landschaft verändert.

Die Menschen verstehen, dass es hier nicht nur um finanzielle Kürzungen geht; es ist ein Angriff auf das Recht auf Ruhe – der Plan, das Versprechen eines garantierten, würdigen Alters zu zerstören, das durch ein Leben voller Arbeit verdient wurde.

Rentner\*innen gehören zunehmend zu den Ärmsten. Die Kommerzialisierung der Renten untergräbt die Solidarität zwischen den Generationen und die Grundlagen unserer Gesellschaft. Die EL setzt sich für eine frühzeitige Pensionierung in Würde und bei guter Gesundheit für alle Generationen durch öffentliche Rentensysteme ein.

Sparmaßnahmen verschärfen die Ungleichheit und treffen Frauen, Migrant\*innen und junge Menschen am härtesten, da sie überproportional in prekären und unterbezahlten Jobs arbeiten und zudem als Erste unter Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialleistungen leiden.

Die politische Krise, die Europa heute erfasst hat, ist die politische Quittung für eine jahrzehntelange Politik, die das Finanzkapital und Monopole auf Kosten produktiver Investitionen begünstigt hat, jedoch Löhne und den sozialen Zusammenhalt bedroht. Was sich derzeit in den Parlamenten abspielt – Zersplitterung, Instabilität, Radikalisierung – ist im Wesentlichen die institutionelle Umsetzung der wirtschaftlichen Krise. Es sind nicht „Identitätsfragen“, die die Krise schüren, wie rechtsextreme Scharlatane behaupten, sondern materielle Unsicherheit.

### **Öffentliche Dienstleistungen**

Seit Jahrzehnten sind öffentliche Dienstleistungen der Privatisierung und Kommodifizierung ausgesetzt, was sowohl die Qualität der Dienstleistungen als auch die Arbeitsbedingungen untergräbt.

Doch Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung, Postdienste, Kultur, Verkehr, Bildung und Forschung sind Gemeingüter (commons) und müssen in ganz Europa für Alle zugänglich sein. Die Erneuerung der öffentlichen Dienste und des Sozialschutzes sind unerlässlich für den Aufbau eines Modells menschlicher Entwicklung und des Fortschritts. Sie müssen im Zentrum des ökologischen Wandels und der Solidarität stehen. Sie müssen auf kollektivem Eigentum, ausreichender Personalausstattung und dem Recht der Beschäftigten beruhen, die Organisation der Arbeit mitzugestalten. Die EL fordert universelle soziale Rechte: garantierte Gesundheitsversorgung, angemessene Löhne, das Recht auf Weiterbildung, starke öffentliche Dienste und sichere Renten. Die EL setzt sich für die Schaffung neuer öffentlicher Dienstleistungen und die Entkommerzialisierung wesentlicher Lebensbereiche ein.

Die EL schlägt eine alternative Vision vor, die auf einer stabilen öffentlichen Finanzierung, der Anerkennung von Pflegearbeit und der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in allen Bereichen der öffentlichen Politik basiert. Frauen und Männer müssen für die von ihnen geleistete Pflege Unterstützung erhalten. Dies ist ein normaler und unverzichtbarer Bestandteil des Lebens und des Zusammenlebens.

### **Gesundheit**

Die Verteidigung einer öffentlichen, universellen und hochwertigen Gesundheitsversorgung bedeutet, Würde und Selbstbestimmung für alle zu gewährleisten.

Die EL teilt die Empfehlungen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ hinsichtlich der Notwendigkeit, eine geteilte Verantwortung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sicherzustellen, um ein bezahlbares Gesundheitssystem zu gewährleisten, das allen Bürger\*innen uneingeschränkten Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung bietet, einschließlich der europäischen Gesundheitsdatenbank, Forschungs- und Innovationsprogrammen sowie der Einbeziehung von Themen wie psychische Gesundheit und Sexualerziehung in die Lehrpläne für die jüngere Generation.

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Jahrzehntelange Sparpolitik und Privatisierung haben die Gesundheitssysteme geschwächt, sodass finanzielle Überlegungen Vorrang vor der

Versorgungsqualität haben. Die psychische Gesundheit, die allzu oft ignoriert oder stigmatisiert wird, ist von zentraler Bedeutung für die heutigen sozialen Bedürfnisse der Menschen.

Der Kampf für eine für alle zugängliche Gesundheitsversorgung ist untrennbar mit dem Kampf für Emanzipation, demokratische Teilhabe und Widerstand gegen autoritäre Logiken verbunden, die Leid und Isolation ausnutzen.

Die EL setzt sich für soziale Investitionen ein und erkennt die Gesundheitsversorgung als einen wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Hebel an, der sowohl Arbeitsplätze als auch Zusammenhalt und kollektives Wohlergehen schafft.

## **Bildung**

Bildung und Forschung sind Säulen der Emanzipation. Von der frühen Kindheit bis hin zur Hochschulbildung und Forschung wird Wissen jedoch zunehmend zur Ware gemacht, zum Nachteil von jungen Menschen, Familien und der Gesellschaft insgesamt. Eine autonome öffentliche Forschung ist eine Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und darf nicht dem Markt dogma unterworfen werden. Wir brauchen ein starkes, emanzipatorisches öffentliches Bildungssystem, das den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der Gesellschaft als Ganzes dient, nicht in erster Linie den Interessen großer privater Konzerne und des Marktes.

## **Energie**

Energie, die zu einer deregulierten Ware geworden ist, verdeutlicht das Scheitern wettbewerbsorientierter Politik: Spekulation, unbezahlbare Rechnungen und Rekordgewinne. Die EL fordert, dass allen in Europa lebenden Menschen ein universeller Zugang zu bezahlbarer, kohlenstoffarmer und genossenschaftlich organisierter Energie garantiert wird.

## **Wohnen**

Der Wohnungssektor ist zu einem sozialen Notstand geworden, denn die Preise sind in acht Jahren um 48 Prozent gestiegen, während die Mieten bis zu 40 Prozent des Einkommens verschlingen.

Die EL fordert:

- gesetzliche Obergrenzen für Mieten und Verkaufspreise durch gesetzliche Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene
- einen massiven Ausbau des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, mit mindestens 20 Prozent Sozialwohnungen in Großstädten, wobei die EU den Mitgliedstaaten Mittel zur Verfügung stellt (was sie tun kann, ohne gegen europäisches Recht zu verstoßen)
- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus über die einkommensschwächsten Gruppen hinaus auf die breitere Bevölkerung zielend, basierend auf erfolgreichen Modellen für universellen Wohnraum in verschiedenen europäischen Städten
- Eindämmung von Spekulationen durch Kontrolle und Begrenzung des Wohneigentums von „Aasgeier“- und Investmentfonds
- Niedrigzinsdarlehen mit staatlichen Garantien und Zuschüssen für junge Bürger\*innen, die eine eigene Immobilie erwerben möchten

- ein Moratorium für touristische Vermietungen in überlasteten Gebieten
- einen europäischen Investitionsplan für bezahlbaren Wohnraum, der spekulative Akteur\*innen ausschließt

Genau aus diesem Grund unterstützen wir die Europäische Bürgerinitiative zu sozialem und ökologischem Wohnen von 2026, einschließlich gemeinschaftlicher und generationsübergreifender Wohnformen, sowie gemeinschaftlichen Eigentums, staatlicher und kommunaler Investitionen in energieeffiziente Sanierungen und bezahlbaren Wohnraum für Obdachlose und sozial benachteiligte Menschen, Studierende und Pendler\*innen. Wir sollten auf bereits eingereichte EBI (Europäische Bürgerinitiativen) aufbauen – gemeinsam mit Mieter- und Wohnungsinitiativen –, die bisher noch nicht erfolgreich waren, wie beispielsweise „HouseEurope!“.

### **Solidarität durch soziale Investitionen**

Austerität (Kürzungspolitik) ist nicht nur eine Art von Wirtschaftspolitik, sondern eine bewusst getroffene Entscheidung, die bestimmt, wer geschützt wird und wer als „entbehrlich“ gilt. Der Ausbau bzw. die Erneuerung öffentlicher Dienstleistungen und des Sozialstaats sind unerlässlich für menschliche Entwicklung und Fortschritt. Als unverzichtbare Gemeingüter müssen öffentliche Dienstleistungen und soziale Absicherung im Zentrum des ökologischen Wandels und der Solidarität stehen.

Die Umgestaltung sozialer Investitionen erfordert einen Ausbau der Demokratie. Gewählte Vertreter\*innen, Nutzer\*innen, Beschäftigte, Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft (NGOs, soziale Vereinigungen usw.) und lokale Behörden müssen an der Bewertung und Entscheidungsfindung auf der Grundlage sozialer und ökologischer Kriterien beteiligt werden. Diese Strukturen müssen auf kollektiver Eigenverantwortung, ausreichender Personalausstattung und dem Recht der Beschäftigten beruhen, die Arbeitsorganisation mitzugestalten. Parlamente müssen die Befugnis erlangen, öffentliche Dienstleistungen, Forschung, Gleichstellung, den ökologischen Wandel sowie sichere Ausbildungs- und Berufswege zu definieren und auszubauen.

### **III. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen**

Der Kampf um die Rettung und Umgestaltung der europäischen Wirtschaft und Industrie entwickelt sich zu einem zentralen Schauplatz politischer Auseinandersetzungen. Europa steht vor einer dreifachen Herausforderung: einer sozialen, einer ökologischen und einer friedenspolitischen. Um diese zu bewältigen, bedarf es einer tiefgreifenden Umgestaltung der Wirtschaft, da die Wirtschaftstätigkeit den Kern aller drei Dimensionen (Soziales, Ökologie und Frieden) bildet.

Im Zuge der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hebt die EL die Rolle der Arbeiterklasse in der Produktion hervor und verteidigt deren Interessen. Die Beschäftigten sind es, die durch ihre Arbeit und ihr Fachwissen Wohlstand schaffen und die damit verbundenen Risiken tragen – von gefährlichen Produktionslinien bis hin zur drohenden Gefahr von Werksschließungen und damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten. Dies wird von Hunderttausenden von Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa bei ArcelorMittal, Tata Steel, Renault, Bosch usw. im Rahmen von Aktionen und Mobilisierungen unterstrichen. Sie verteidigen nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern die Zukunft essenzieller, moderner Industrien – Industrien, deren Rekordgewinne in der

Vergangenheit auf den Fähigkeiten der Arbeitnehmer\*innen beruhen und deren Überleben nun davon abhängt, diese Gewinne in den ökologischen Wandel und in Innovationen zu investieren.

Seit Jahren sieht sich die Arbeiterklasse einer unerbittlichen ideologischen und wirtschaftlichen Offensive gegenüber, die sich gegen Löhne richtet, deren Höhe von Arbeitgeber\*innen und rechten Parteien als Haupthindernis für die industrielle „Wettbewerbsfähigkeit“ dargestellt wird, wobei Lohnkürzungen gefordert und prekäre Niedriglohnjobs (Uber, ...) gefördert werden. Doch in entwickelten Industrien machen die Löhne oft nur einen geringen Bruchteil der gesamten Produktionskosten aus. Die Wahrheit ist, dass die Gewinnmargen der Unternehmen langfristig gerade deshalb in die Höhe geschossen sind, weil das Lohnwachstum systematisch hinter den Produktivitätsgewinnen zurückgeblieben ist, was zu einem historischen Rückgang des Anteils der Arbeit am Volkseinkommen führte.

Der Kampf um Reallohnsteigerungen ist somit zu einer entscheidenden Auseinandersetzung geworden. In diesem Kampf geht es um die Sicherung und Steigerung der Kaufkraft sowie die Verteidigung von wirtschaftlicher Logik und sozialer Gerechtigkeit gegen eine Strategie, die darauf abzielt, die Arbeitnehmer\*innen für jede Krise bezahlen zu lassen, während Rekordgewinne der Unternehmen geschützt und die Prioritäten „Militarisierung“ und „Aktionärsdividenden,“ finanziert werden.

Zur Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer\*innen fordert die EL, dass der technologische Wandel auf soziale Wohlfahrt, ökologisches Gleichgewicht und friedliche gemeinsame Entwicklung ausgerichtet wird.

### **Für eine neue Logik des Wirtschaftens**

Die EU muss sich von der Illusion verabschieden, dass Wachstum durch permanenten Wettbewerb, basierend auf Export, erreicht werden kann. Vielmehr muss sich die Wirtschaft an den sozialen Bedürfnissen – den wahren Motor des sozialen und ökologischen Wandels – und an der Stärkung der Binnennachfrage orientieren und entsprechend aufgebaut werden.

Eine neue Logik des Wirtschaftens beginnt mit Beschäftigung und Ausbildung, unterstützt – aber nicht dominiert – durch materielle Investitionen. Die Angebotsseite – Unternehmen und öffentliche Dienste gleichermaßen – muss grundlegend umgestaltet werden, während Einkommen und Kaufkraft gestärkt werden. Doch dies muss eine andere Art von Nachfrage sein: eine, die auf eine neue Beziehung zur Natur und auf solide öffentliche Dienstleistungen abzielt. Effizienz im 21. Jahrhundert erfordert neue Ziele: Wohlbefinden und sinnvolle Produktion, Ressourcenschonung und eine drastische Verringerung der Umweltverschmutzung.

Dies erfordert auch eine institutionelle Transformation sowie eine Reform der europäischen Verträge, die demokratischen Einfluss auf Unternehmen, Banken und die Europäische Zentralbank ermöglichen. Vertragsänderungen bleiben notwendig, dürfen aber sofortiges Handeln nicht verzögern.

### **Besteuert die Reichen – und lasst die Großkonzerne zahlen!**

Der Reichtum ist da – angesammelt in Steueroasen und aufgebläht durch die Gier der Konzerne. Genug! Wir fordern eine radikale Umverteilung: Besteuert die 1 Prozent, holt die Vermögen der Milliardäre zurück und erhebt eine hohe Abgabe auf die Supergewinne der Großkonzerne. Hier geht

es nicht um Wohltätigkeit – es geht um Gerechtigkeit. Es geht darum, das zu finanzieren, was wir alle brauchen: eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle, Renten, von denen wir gut leben können, umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze. An Geld mangelt es nicht – es ist nur in den falschen Händen.

### **Auf dem Weg zu einer neuen europäischen Industriepolitik**

Eine moderne Industriepolitik erfordert einen aktiven öffentlichen Sektor als Investor und Produzent, eine koordinierte Planung zwischen nationaler und europäischer Ebene sowie öffentliches bzw. soziales Eigentum in den strategischen Sektoren: Energie, Mobilität, technologische Souveränität, Gesundheitswesen und kritische Rohstoffe. Sie erfordert eine Neugewichtung der Produktionskapazitäten zwischen den europäischen Ländern und einen Ausgleich der Disparitäten zwischen den wirtschaftlich starken Kernstaaten und den verschiedenen wirtschaftlichen Peripherien, die in den vergangenen Jahren gewachsen sind.

Da repräsentative Demokratien zunehmend von Wirtschafts- und Medieninteressen bestimmt werden, entstehen neue Formen der Partizipation, die Gerechtigkeit, sinnvolle politische Mitbestimmung und echte Kontrolle durch die Bürger\*innen erfordern.

Die EL schlägt einen sozial-ökologischen und demokratischen Pakt vor, der Arbeitnehmer\*innen und Bürger\*innen befähigt, in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse einzugreifen.

Demokratische Kontrolle und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer\*innen müssen auf europäischer Ebene verankert werden und somit Einfluss auf Investitionen, technologische Entwicklung und Arbeitsorganisation gewähren. Sektorenräte – aus Regierungsvertreter\*innen, Arbeitnehmer\*innen und der Zivilgesellschaft – sollten die Planung koordinieren und die Ergebnisse überwachen. Das genossenschaftliche Ökosystem muss durch eine bessere Finanzierung, juristische Unterstützung sowie die Erleichterung von Arbeitnehmerübernahmen gestärkt werden. Die Sozial- und Solidarwirtschaft sollte nicht nur durch ihre Rechtsform definiert werden, sondern auch dadurch, dass sie nach Kriterien jenseits der Gewinnmaximierung arbeitet.

Die Skalierung von Unternehmen muss dem Gemeinwohl dienen: Stärkung der technologischen Souveränität, Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Gewährleistung, dass die industrielle Entwicklung zu einer umfassenden und hochwertigen Beschäftigung in ganz Europa beiträgt.

### **Öffentliche Projekte müssen durch öffentliche Banken sowie die Europäische Zentralbank finanziert werden**

Die EL erkennt die Unabhängigkeit der EZB an. Die EL fordert jedoch ein neues Mandat, das mit der neoliberalen Wirtschaftsagenda bricht und an Beschäftigung, Nachhaltigkeit sowie strategische Investitionen in öffentliche Güter und eine an Frieden ausgerichtete Industriepolitik geknüpft ist.

Die öffentlichen Ausgaben müssen aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreit werden. Die Ausgabe von Zentralbankgeld – wie die geldpolitischen Maßnahmen während der COVID-Krise – muss heute mobilisiert werden, um eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu finanzieren. Dies ist eine vernünftige Strategie, da die Rückzahlung aus der künftigen nachhaltigen Wertschöpfung und durch die Auslösung eines positiven Entwicklungszyklus erfolgen wird. Fiskalische Maßnahmen müssen diesen Prozess einerseits begleiten und andererseits zu einem späteren Zeitpunkt auch tiefgreifende Steuerreformen ermöglichen.

Auf EU-Ebene ist eine Mischung aus geld- und fiskalpolitischen Instrumenten sowie Maßnahmen zur Begrenzung der Dominanz der Finanzmärkte unerlässlich. Auch Nicht-Euro-Länder sollten von EZB-gestützten geldpolitischen Initiativen profitieren, die die soziale und ökologische Konvergenz fördern.

Öffentliche Unternehmen sollten den ökologischen und sozialen Wandel anführen, während private Unternehmen dergestalt reguliert werden müssen, dass sie dem Gemeinwohl dienen: durch die Sicherung guter Arbeitsplätze, ökologischer Wertschöpfung und die Verhinderung von Standortverlagerungen.

Die EL fordert, dass Kreditvergabe und öffentliche Finanzierung sozialen und ökologischen Kriterien folgen: Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit, Ressourcenschonung, Emissionsminderung und Schöpfung eines echten Mehrwerts für die Gesellschaft.

Die EU und die EZB sollten der nachhaltigen Finanzierung von KMU und innovativen Start-ups Vorrang einräumen, anstatt der erdrückenden Dominanz von multinationalen Konzernen, Kartellen und Oligopolen nachzugeben. Diese Forderungen gehen weit über die Grenzen dessen hinaus, was von EU-Institutionen und den europäischen Verträgen gesetzt ist. Daher sind diese zu ändern, um demokratischen Einfluss auf Unternehmen, Banken und die EZB zu ermöglichen.

### **Die Militarisierung der europäischen Wirtschaft wird unsere Industrie nicht retten**

Die Ausgaben fürs Militär werden im öffentlichen Diskurs zunehmend als Industriestrategie, quasi als Lösung für wirtschaftliche Stagnation und sogar für die Schaffung von Arbeitsplätzen dargestellt. Dieser militärische Keynesianismus ist jedoch eine Sackgasse. Denn werden Waffen produziert, müssen sie letztendlich eingesetzt werden – was zu Krieg führt. Werden sie nicht eingesetzt, kommt die Produktion zum Erliegen – was zu einer Krise führt.

Die Forderung, 5 Prozent des BIP für Militärausgaben aufzuwenden, bedeutet, dass Milliardenbeträge, die eigentlich der Energiewende zugutekommen sollten, stattdessen in Waffen fließen – doch diese Militarisierung wird weder unsere Industrie retten noch eine nachhaltige Zukunft für die Arbeiterklasse schaffen.

Forderungen der EL:

- Besteuerung der Reichen: Den von den Reichsten angehäuften Reichtum zurückgewinnen und in öffentliche Dienstleistungen, das Rentensystem und eine Wirtschaft für Alle reinvestieren
- Gewährleistung von Steuergerechtigkeit durch einen europäischen Rahmen für eine faire Unternehmensbesteuerung und ein Ende des Steuerdumpings
- Vergesellschaftung von Schlüsselsektoren – Energie, Verkehr und Schwerindustrie – um den ökologischen Wandel demokratisch zu planen, Arbeitsplätze zu sichern und die Vorherrschaft des privaten Profits über öffentliche Bedürfnisse zu brechen
- Demokratisierung und Neuausrichtung der EZB

- zinsgünstige Darlehen mit staatlichen Bürgschaften und Zuschüssen für junge Bürger\*innen, die eine eigene Immobilie erwerben möchten
- Finanztransaktionssteuer: zur Eindämmung spekulativer Kapitalströme und zur Förderung produktiver, sozialer und ökologischer Investitionen
- demokratische Reform bei Subventionen und öffentlichen Anreizensystemen: jede öffentliche Förderung muss demokratischer Kontrolle unterliegen und ökologischen sowie sozialen Standards entsprechen

Zwei Leitvorschläge der EL:

- Ein Europäischer Fonds für ökologische und soziale Entwicklung mit dem Auftrag, öffentliche Dienstleistungen durch direkte EZB-Kredite zu Null- oder Negativzinsen (Artikel 123.2 des AEUV) zu finanzieren, unter demokratischer Steuerung.
- Selektive Refinanzierung, bei der die EZB den Banken günstige Zinssätze gewährt, wenn Kredite arbeitsplatzschaffende, emissionsarme Investitionen finanzieren, und höhere Zinssätze für Investitionen verlangt, die Arbeitsplätze vernichten, Emissionen erhöhen oder Standortverlagerungen auslösen.

Neue Regeln und Regulierungsgrundsätze:

Die Europäische Linke lehnt Pläne zur Förderung von Mechanismen zur Deregulierung der Arbeits-, Waren- und Dienstleistungsmärkte ab, wie sie von Präsident António Costa auf dem informellen Gipfel in Alden Biesen vorgestellt wurden.

Unter den Schlagworten „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Bürokratieabbau“ wird eine Lawine von Deregulierungsmaßnahmen in Gang gesetzt. Wir lehnen das sogenannte „28. Rechtssystem“ (28th Regime) ab, das sich von den bestehenden Arbeits- und Sozialstandards der 27 Mitgliedstaaten lösen würde und Kündigungsschutz, garantierte Löhne und Schutzmaßnahmen gegen Entlassungen untergraben könnte. Arbeitsgesetze und soziale Rechte, die durch jahrzehntelange Kämpfe errungen wurden, könnten in der Folge abgebaut werden. Diese Pläne müssen daher abgelehnt und als Angriff auf die Grundrechte angeprangert werden.

Die EL setzt sich für Regeln ein, die Zusammenarbeit statt Wettbewerb fördern – nicht-kapitalistische Kooperationsvereinbarungen, gemeinsame Technologien und eine geografisch ausgewogen verteilte Produktion über die gesamte EU.

Zu den konkreten Maßnahmen gehören:

- die Verknüpfung aller öffentlichen Subventionen mit sozialen und ökologischen Auflagen
- Transparenz und demokratische Kontrolle, einschließlich der verpflichtenden Veröffentlichung von Emissionsdaten, Subventionen, Beschäftigungszahlen, Wertschöpfung und Gewinnen
- verbindliche Vorschriften gegen soziales und ökologisches Dumping in Lieferketten, mit rechtlicher Haftung für federführende Unternehmen
- gestärkte öffentliche und soziale Finanzinstitute, wie Genossenschafts- und Entwicklungsbanken

Der EU-Gipfel in Alden Biesen (Belgien) im Februar 2026, an dem die europäischen Staats- und Regierungschefs teilnahmen, markiert einen gefährlichen Wendepunkt in der EU-Industriepolitik. Angesichts der Krise der europäischen Industrie schlägt die europäische Kommission weder eine öffentliche Energiewende noch Investitionen in Gesundheit oder Bildung vor, sondern dieselben Rezepte der Vergangenheit, die gescheitert sind: Deregulierung und Ausweitung der Kapitalmärkte durch Privatisierung.

Diese Vision ist zutiefst unsozial und auch klimaschädlich. Der aktuell umgesetzte Draghi-Bericht stellt die Militarisierung als einzige Zukunftsoption für die europäische Industrie dar – und ignoriert dabei, dass die Waffenproduktion keinen nachhaltigen Wert für die Gesellschaft schafft. Die Europäische Linke lehnt diese falsche Wahl zwischen sozialer Sicherheit und industrieller Wettbewerbsfähigkeit ab.

Wir fordern stattdessen einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft, der von der öffentlichen Hand geleitet wird. Dieser muss den arbeitenden Menschen dienen, und nicht den Rüstungsherstellern und Finanzspekulanten.

Die jüngsten sog. „Omnibus-Richtlinien“ und das von der Kommission vorgeschlagene „28. Regime“ für Arbeitsrecht stellen zudem eine systematische Deregulierung der Arbeitnehmerrechte in allen Sektoren dar. Hier geht es nicht nur um Militarisierung – es handelt sich um eine umfassende Strategie zum Abbau von Arbeitsschutz, Sozialversicherung und öffentlichen Dienstleistungen in der gesamten Europäischen Union. Die Europäische Kommission nutzt Trumps aggressive Politik als Anlass, um diese Maßnahmen durchzusetzen. Sie schafft damit einen Ausnahmezustand, der die Umgehung demokratischer Kontrolle und des sozialen Dialogs rechtfertigen soll. Das „28. Regime“ würde einen parallelen Rechtsrahmen schaffen, der es Unternehmen ermöglicht, sich den nationalen Arbeitsstandards zu entziehen, während die „Omnibus-Richtlinien“ Tarifverhandlungen, Arbeitszeitregelungen und Arbeitsplatzsicherheit angreifen.

Dies ist die Vision, die die europäische Kommission tatsächlich verfolgt: eine bewusste Strategie des sozialen Rückschritts, um Märkte für globales Kapital zu öffnen und durch die Ausbeutung von Arbeitnehmer\*innen Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Die Agenda der europäischen Kommission geht über Militarisierung und Arbeitsmarktregulierung hinaus und umfasst die Privatisierung von Renten und öffentlichen Dienstleistungen, wodurch die Bürger\*innen in Kapitalmärkte gedrängt werden – sehr zum Vorteil der Finanzeliten.

Dies stellt einen grundlegenden Angriff auf die Arbeiterklasse dar, wobei geopolitische Krisen als Vorwand für dauerhafte Sparmaßnahmen dienen. Militarisierung, Deregulierung und Privatisierung sind drei Säulen ein und desselben Projekts.

#### **IV. Kontrolle über die digitale Wirtschaft gewinnen**

Künstliche Intelligenz (KI) ist nicht nur ein neues Werkzeug, vergleichbar mit technologischen Innovationen der Vergangenheit, sondern eine neue Machtstufe – sie konzentriert die Kontrolle über Daten, Infrastruktur und Wissen in den Händen einiger weniger Konzerne und Staaten.

Wenn progressive Kräfte hier nicht eingreifen, wird dies die Ausbeutung verschärfen, die Demokratie untergraben und die ökologische Zerstörung beschleunigen. Die EU strebt danach, diesen technologischen Wendepunkt in einen politischen zu verwandeln: Das erfordert klare Regeln für Arbeitnehmer\*innen, Entwickler\*innen, Nutzer\*innen und die für den Einsatz verantwortlichen Unternehmen.

Die EU hat mit ihren KI-Gesetzen (AI Act, DSA, DMA, DSGVO) die weltweit erste Regulierung vorgelegt und damit erste Beschränkungen gegen die unkontrollierte Produktion und Nutzung von KI eingeführt. Dies zeigt, dass Regulierung möglich ist. Ohne eine öffentliche Dateninitiative reichen diese Maßnahmen jedoch nicht aus, um einen grundlegenden Wandel herbeizuführen, da sie die Bemühungen individualisieren, und auch von Anfang an durch starke Lobbyarbeit verwässert wurden. Der „High-Risk“-Ansatz der EU-Kommission konzentriert sich zu einseitig auf den direkten Verbraucherschutz.

Während bspw. Haftungsfragen im Zusammenhang mit selbstfahrenden Autos geklärt wurden, bleiben andererseits Medien und kulturelle Produktion völlig von der Regulierung ausgenommen – eine Situation, gegen die sich Vertreter\*innen der Medien selbst nachdrücklich ausgesprochen haben.

Die Auswirkungen der KI auf die Arbeitswelt sind bereits deutlich erkennbar. Produktivitätsgewinne werden als Gewinn abgeschöpft, während die Beschäftigten mit Arbeitsplatzverlusten, De-Qualifizierung und verstärkter Überwachung konfrontiert sind. Plattformarbeiter\*innen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst werden von Algorithmen gesteuert, die sie in Echtzeit überwachen und sanktionieren. Insbesondere aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit gehören Migrant\*innen zu denjenigen, die zunehmend mit KI arbeiten. Deshalb unterstützen wir die Umsetzung und das Bekenntnis zu den „10 Prinzipien für ethische KI“, die von der internationalen Dienstleistungsgewerkschaft Uni Global entwickelt wurden.

Hinter „smarten“ Systemen steht eine weltweite Belegschaft aus schlecht bezahlten Daten-Annotator\*innen und Moderator\*innen, oft aus dem Globalen Süden. Ohne starke Arbeitnehmerrechte wird KI dazu dienen, Arbeitnehmer\*innen zu disziplinieren, anstatt ihr Leben zu verbessern. Die für das Funktionieren von KI erforderliche Infrastruktur wirft zudem Fragen nach ihrer Herstellung auf: Ausbeutung durch Rohstoffabbau einerseits und schlecht bezahlte Fließbandarbeiter\*innen in Ländern des Globalen Südens andererseits.

KI ist ein neues Schlachtfeld um die Zukunft der Arbeit, der Demokratie und der Gemeingüter. Sie unter demokratische, soziale und ökologische Kontrolle zu stellen, ist eine Voraussetzung für jede glaubwürdige linke Strategie im 21. Jahrhundert. Die zentrale Frage lautet: Wer kontrolliert die KI (Infrastruktur, Algorithmen und Daten), zu welchem Zweck und unter welchen demokratischen und sozialen Bedingungen?

Die EL lehnt sowohl techno-utopischen Hype als auch fatalistische Resignation ab. KI kann öffentliche Dienstleistungen stärken, Arbeitsbedingungen verbessern, den ökologischen Wandel gestalten und den Zugang zu Wissen erweitern – aber nur, wenn demokratische Kontrolle an die Stelle der Dominanz von Unternehmen und Militär tritt.

Die ökologischen Kosten der KI werden oft verschleiert. Das Trainieren und Betreiben großer Modelle verbraucht enorme Mengen an Energie, Wasser und Rohstoffen. Rechenzentren konkurrieren mit Gemeinden um Ressourcen, und Umweltbelastungen werden in andere Regionen und an zukünftige Generationen „ausgelagert“. In einem wachstumsbesessenen System optimiert KI heute vor allem die Rohstoffgewinnung und den Konsum, anstatt einen gerechten ökologischen Wandel zu ermöglichen.

Daher brauchen wir einen tiefgreifenden Wandel in der europäischen Digital- und Wirtschaftspolitik: den Wiederaufbau öffentlicher Kontrolle über industrielle Werkzeuge in Europa.

Die zentralen Forderungen der EL lauten:

- Von der Marktlogik hin zu einer auf Rechten basierenden Governance: Die Digitalpolitik muss sich an den Menschenrechten und dem öffentlichen Interesse orientieren. Lücken in der aktuellen Gesetzgebung (KI-Gesetz, DSA, DMA, DSGVO) hinsichtlich militärischer und politischer Zwecke sowie zur Überwachung müssen geschlossen werden. Risikoreiche Systeme in den Bereichen Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Polizeiarbeit und Migration müssen streng reguliert oder verboten werden.
- KI muss den Arbeitnehmer\*innen dienen. Beschäftigte müssen einklagbare Rechte auf Information, Anhörung und Mitbestimmung in Bezug auf KI-Systeme am Arbeitsplatz haben. Eine vollständige Automatisierung bei der Einstellung von Beschäftigten oder Bewertung von Beschäftigten muss verboten werden.
- Produktivitätsgewinne müssen sich in kürzeren Arbeitszeiten und sicheren Arbeitsplätzen niederschlagen. Globale KI-Lieferketten müssen faire Löhne, Gesundheitsschutz und Gewerkschaftsrechte gewährleisten.
- Schaffung digitaler und datentechnischer Gemeingüter: Von der Gesellschaft generierte Daten sollten kein kostenloser Rohstoff für Monopole sein. Öffentliche und genossenschaftliche Infrastrukturen sollten Daten und KI im Einklang mit sozialen und ökologischen Zielen verwalten. Öffentlich finanzierte KI-Modelle müssen offen, transparent und zugänglich sein – und dürfen nicht in proprietären Silos eingeschlossen werden.
- Die EL fordert die Gründung einer öffentlichen Datengesellschaft, um Daten unter kollektiver demokratischer Kontrolle zu halten und um zu überwachen, welche Informationen gesammelt werden. Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, klar offenzulegen, welche Informationen sie speichern und warum sie diese speichern, einschließlich des Zwecks und der Aufbewahrungsfrist der gesammelten Daten.
- Machtkonzentration aufbrechen: Groß angelegte, ressourcenintensive KI-Projekte dürfen nicht dem Ermessen von Unternehmen überlassen bleiben. Öffentliche Aufsicht, Transparenz und Folgenabschätzungen in Bezug auf Rechte und Umwelt müssen verpflichtend sein. Wir sollten den Einsatz von Open-Source-IT-Systemen und -Software in

der Verwaltung verallgemeinern und sicherstellen, dass alle von öffentlichen Stellen entwickelte Software als Open Source zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus sollte jede Datenerhebung im öffentlichen Raum nur mit Geräten erlaubt sein, die nach dem Prinzip „Privacy by Design“ entwickelt wurden, über Open-Source-Codes verfügen und einer transparenten, offenen Datenverwaltung unterliegen, damit öffentliche Kontrolle und demokratische Aufsicht gewährleistet sind.

- Anstatt KI-Giganten wie Google oder Meta zu subventionieren, muss die EU diese „entprivatisieren“. Es sind europäische Kooperationen erforderlich, um öffentliche Infrastrukturen zu schaffen – ein „CERN für sozial nützliche KI“ –, die demokratisch und unter echter Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen, Expert\*innen und sozialen Bewegungen verwaltet werden.
- Wir fordern von den großen Tech-Unternehmen das Recht auf Privatsphäre, einschließlich sozialer Medien und großer Datenplattformen. Wir wehren uns gegen Mega-Unternehmen wie Palantir, die Berichten zufolge eine Rolle bei gezielten Tötungen in den jüngsten Kriegen gespielt haben und dennoch Aufträge erhalten, die ihnen Zugang zu unseren persönlichsten Daten ermöglichen.

## **V. Gemeinsam mit den Gewerkschaften**

Die Gewerkschaften haben sich als tragende Säule bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte erwiesen. Durch kraftvolle Mobilisierungen – von Generalstreiks in Belgien, Portugal und Italien bis hin zu Massenprotesten in Frankreich gegen die Rentenreform – ist es ihnen gelungen, rückwärtsgewandte Politikmaßnahmen und Versuche, sozialen Widerstand zu kriminalisieren, zu stoppen. Diese Kämpfe und Siege zeigen, dass kollektives Handeln nach wie vor eine entscheidende Kraft ist, um hart erkämpfte soziale Sicherheiten zu bewahren und neoliberalen Vorstößen die Stirn zu bieten.

Von der Linken regierte Länder – insbesondere solche, in denen die Partei der Europäischen Linken (EL) vertreten ist, wie Spanien und Slowenien – haben es geschafft, diese Entwicklungen aufzuhalten bzw. zu verhindern, und damit gezeigt, dass alternative Arbeitsmarktpolitiken sowohl realisierbar als auch wirksam sind.

## **Für ein Europa der menschenwürdigen Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität**

Die EL wird ihre Zusammenarbeit mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung ausbauen, um eine umfassende Strategie zur Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln, die das neoliberale und militarisierte Modell hervorbringt.

Die EL verpflichtet sich:

- TUNE (Trade Unionists Network Europe) als zentrale Struktur für die politisch-gewerkschaftliche Koordinierung zu erhalten und zu stärken und dabei seine Autonomie, Kontinuität und Handlungsfähigkeit sicherzustellen

- die Beziehungen zu den europäischen Gewerkschaften zu verbessern, sowohl im Rahmen des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) als auch mit den nationalen Führungen, und dabei Räume für politischen Dialog und strategische Koordinierung zu fördern
- dem Netzwerk TUNE Sichtbarkeit zu verschaffen und dessen aktive Teilnahme an Festivals, Versammlungen und „Räumen der Einheit“ innerhalb der transformativen Linken zu fördern, mit besonderem Augenmerk auf die Einbeziehung junger Gewerkschafter\*innen und neuer Formen der Arbeitsorganisation
- Förderung europäischer Kampagnen gegen Sparpolitik und Kriegswirtschaft
- Förderung von Mechanismen der direkten Demokratie am Arbeitsplatz, die es den Arbeitnehmer\*innen ermöglichen, an wichtigen Entscheidungen zu Arbeitsbedingungen, ökologischem Wandel, Steuergerechtigkeit und öffentlicher Politik mitzuwirken
- Förderung der Einführung europäischer Tarifverträge und einer europäischen Formel zur Berechnung des Mindestlohns
- Unterstützung der Einrichtung europäischer Gewerkschaftsbeobachtungsstellen zur Überwachung des Abbaus von Arbeitnehmerrechten, der Unterdrückung von Gewerkschaften (union busting) und regressiver Reformen, die von rechten und rechtsextremen Regierungen vorangetrieben werden
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, insbesondere im Zusammenhang mit Fragen des Wiederaufbaus nach Konflikten, erzwungener Migration und der Klimakrise
- die Rolle der Gewerkschaften im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und bei der Verteidigung des Menschenrechts auf Migration stärken und Initiativen fördern, die die berufliche und soziale Integration von Migrant\*innen erleichtern. Dazu gehören Kampagnen gegen rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz, interkulturelle Fortbildungsprogramme innerhalb der Gewerkschaften und die uneingeschränkte Anerkennung der Arbeitsrechte für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Dies ist unerlässlich, um den Hassreden der extremen Rechten entgegenzutreten und ein Europa der Solidarität aufzubauen.
- Die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte durch die Gewerkschaften ist untrennbar mit einem weiteren Ziel verbunden: der Rückeroberung des öffentlichen Raums, der Wiederherstellung des Vorrangs des Lebens vor dem Profit und dem Aufbau eines neuen Sozialpakts, der die Wirtschaft der Ethik unterordnet.

## **VI. Feministische Werte und Politik**

Derzeit sind die grundlegenden Werte des Feminismus – Widerstand gegen Unterdrückung und patriarchale Gewalt, Widerstand gegen Angriffe auf soziale und Menschenrechte, die Aufteilung von Verantwortlichkeiten und Mitverantwortung in der Pflegearbeit sowie Antifaschismus und Frieden – notwendiger denn je. Der Feminismus, als eine der stärksten Quellen der Hoffnung und Inspiration im Kampf für eine neue Gesellschaft, ist in der Lage, durch die Aufdeckung der

Widersprüche des Systems weiterhin ein Bewusstsein dafür bei der neuen Generation junger Frauen zu wecken, und auch massiv, sowohl auf der lokalen als auch der globalen Ebene, zu mobilisieren.

### **Wirtschaftliche Gleichstellung und Autonomie**

Lohn- und Rentenunterschiede zwischen Männern und Frauen führen zu wirtschaftlicher Abhängigkeit, die Gewalt schürt und die Autonomie untergräbt. Die Antwort darauf muss eine Harmonisierung der Sozialschutzsysteme nach oben, die Verteidigung der fortschrittlichsten Rechte und den Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse beinhalten, von denen Frauen überproportional betroffen sind.

Die EU-Verträge garantieren Gleichstellung; wir fordern Maßnahmen, um dieses Versprechen einzulösen. Die europäische Politik muss menschenwürdige Arbeit, echte Lohngleichheit, öffentliche Versorgungssysteme, angemessenen Wohnraum und Chancen ohne geschlechtsspezifische Diskriminierung und sexistische Vorurteile gewährleisten. Das Protokoll über den sozialen Fortschritt muss in die EU-Verträge aufgenommen werden, um sicherzustellen, dass die sozialen Rechte und Menschenrechte von Frauen Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Die Privatisierung der sozialen Sicherheit und der Pflege muss gestoppt werden, da sie die Prekarität von Frauen verschärft.

### **Krieg und Militarisierung: extreme patriarchale Gewalt**

Kriege treffen Frauen besonders hart, die sexueller Gewalt, Menschenhandel, sexueller Ausbeutung, Witwenschaft, Vertreibung und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen ausgesetzt sind. In sozialer Hinsicht vervielfacht Krieg die unsichtbare Arbeitslast von Frauen, da Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen die Betreuungsaufgaben erhöhen. Militarisierung verstärkt patriarchale Rollen und normalisiert Gewalt gegen Frauen sowie alle LGBTI- und non-binären Menschen.

Daher lehnt die EL jegliche Militarisierung und jegliche Rekrutierung ab, selbst wenn diese als „egalitär“ dargestellt wird, da sie die Gesellschaft maskulinisieren und das Patriarchat verstärken.

Wir schlagen die Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle zu den Auswirkungen von Kriegen auf Frauen vor und fordern eine ständige feministische Präsenz bei allen Friedensverhandlungen.

### **Gesundheit und reproduktive Rechte**

Die extreme Rechte bedroht die Selbstbestimmung von Frauen über ihren eigenen Körper, ihre Mutterschaft, ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität sowie die von non-binären Personen. Die EL bekräftigt, dass das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf die Mutterschaft nicht verhandelbar ist, einschließlich legaler, kostenloser, sicherer und öffentlich finanzierter Schwangerschaftsabbrüche in allen öffentlichen Gesundheitssystemen.

Die EL fordert die vollständige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Beseitigung aller rechtlichen, wirtschaftlichen, administrativen und sozialen Hindernisse. Die Gesundheitssysteme der EU müssen den Zugang zu Verhütungsmitteln, Familienplanung, Schwangerschaftsvorsorge und Mütterbetreuung sowie zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch muss in der EU-Grundrechtecharta verankert werden.

Die uneingeschränkte Achtung der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität im Gesundheitswesen ist unerlässlich.

Die körperliche Selbstbestimmung ist die Grundlage der Staatsbürgerschaft.

Hochwertige Kinderbetreuungsangebote sind eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Die Unterstützung bei elterlichen Pflichten muss universell und für alle Eltern zugänglich sein. Die EL wird sich dafür einsetzen, die Entlassung schwangerer Frauen gesetzlich zu verbieten.

Mutterschafts- und/oder Vaterschaftsurlaub müssen gleich lang sein, aber nicht übertragbar, um ein Höchstmaß an Schutz und Sicherheit zu gewährleisten.

### **Pflegeaufgaben**

Pflege steht im Zentrum feministischer Politik. Frauen tragen die Gesellschaft, insbesondere wenn Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen – oft zur Finanzierung von Militärausgaben – noch mehr Verantwortung auf die Familien und innerhalb dieser auf die Frauen abwälzen. Starke, hochwertige öffentliche Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und universelle Pflegesysteme, sowie die Ratifizierung des Übereinkommens 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind unerlässlich, um menschenwürdige Bedingungen für Pflegekräfte und Pflegebedürftige zu schaffen und die Last der unbezahlten Pflegearbeit zu verringern.

Die Politik muss die Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Markt, Männern und Frauen sicherstellen, Pflege aufwerten und entfeminisieren sowie gleichzeitig Gleichstellung gewährleisten.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Patriarchale Gewalt nimmt viele Formen an und betrifft Frauen in ihrer ganzen Vielfalt, LGBTQIA+, Migrantinnen und rassifizierte Frauen sowie non-binäre Menschen:

Femizid; häusliche, sexuelle, psychische, digitale, sozioökonomische, institutionelle, geburtshilfliche und stellvertretende Gewalt; weibliche Genitalverstümmelung; Zwangsheirat; Menschenhandel; sexuelle und reproduktive Ausbeutung

Wir fordern die Achtung und vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention durch die EU und aller ihrer Mitgliedstaaten. Es ist unerlässlich, Femizid in der Gesetzgebung anzuerkennen, da diese Tötungen keine Einzelfälle sind, sondern der extreme Ausdruck systemischer Unterdrückung.

### **Bildung und patriarchalische Kultur**

Die extreme Rechte in Europa treibt einen reaktionären Wandel im Bildungswesen voran.

In Zusammenarbeit mit feministischen Bewegungen setzt sich die EL für ein Bildungssystem ein, das echte Gleichstellung gewährleistet – säkular, koedukativ, vielfältig, öffentlich, demokratisch und kostenlos –, das sexistische Geschlechterrollen und Stereotypen beseitigt und gleichzeitig Gender Studies, Gleichstellungserziehung und Sexualerziehung auf allen Ebenen integriert.

Die EU braucht dringend einen umfassenden Rahmen zur Bekämpfung der patriarchalischen Kultur, die tief in Institutionen und Lehrplänen verwurzelt ist. Auch die sozial-emotionale Bildung ist bedroht, da versucht wird, stereotype Rollen wiederherzustellen und feministische Errungenschaften zurückzunehmen.

## **Feministischer Antifaschismus**

Ein starker und geeinter Feminismus ist notwendig, um den weltweiten Aufstieg des Faschismus zu stoppen. Der feministische Kampf ist auch ein antifaschistischer Kampf, denn sie wollen uns zum Schweigen bringen und uns unsichtbar machen.

Faschismus ist Frauenfeindlichkeit und Hass gegenüber Frauen und LGBTQIA+; wir streben eine Welt an, die seinen Werten entgegensteht. Wir stellen die Sorge um das Leben in den Mittelpunkt, während sie Kriege und Völkermord fördern. Der Feminismus ist Teil der Grundlagen der alternativen Gesellschaft, die wir aufbauen müssen, um eine Welt freier und gleichberechtigter Menschen zu schaffen, ohne Ausnahmen oder Ausgrenzungen.

Sieben Jahre nach der Entschließung des Europäischen Parlaments gegen neofaschistische Gewalt ist diese immer noch nicht umgesetzt worden. Die EL wird weiter dafür kämpfen, Diskriminierung zu beenden und die vollständige Einbeziehung Aller sicherzustellen, insbesondere von LGBTQIA+, einschließlich der Anerkennung des Rechts auf Eheschließung und Adoption auf europäischer Ebene.

## **VII. Eine Generation erhebt sich**

In ganz Europa durchlebt die jüngere Generation eine Zeit, die von Unsicherheit und Ausbeutung geprägt ist. Jahrzehntelanger Neoliberalismus hat das öffentliche Leben und die kollektiven Rechte ausgehöhlt, sodass junge Menschen aus der Arbeiterklasse zwischen Prekarität, Wohnungsunsicherheit und einer Zukunft gefangen sind, die zunehmend von Krieg, Angst und Ungleichheit bestimmt wird. Auch in Klassenzimmern und sozialen Medien breitet sich Militarismus aus: Junge Menschen werden nach und nach zu Rekruten degradiert, während Einberufungsbescheide, Pflichtprüfungen und Militärpropaganda in die Schulflure eindringen.

Immer mehr junge Menschen weigern sich, Kanonenfutter zu sein, und bringen, wie in Deutschland, ihren Widerstand durch Streiks und Parolen zum Ausdruck: „Unsere Brüder bekommt ihr nicht.“

Es gibt Fälle, in denen Schüler\*innen, die sich der militaristischen Propaganda in Schulen widersetzt haben, vor Gericht gestellt und mit staatlicher Repression bedroht wurden. Das muss aufhören.

Junge Menschen in vielen EU-Ländern lassen sich von dieser Realität nicht einschüchtern. Sie leisten Widerstand. Von Studentenbewegungen bis zu Klimastreiks, von Mietenkämpfen bis zu feministischen Mobilisierungen, von pro-palästinensischen Kundgebungen bis zu Demonstrationen gegen die Politik Trumps, gegen den Krieg in der Ukraine und für bessere Bildung – junge Menschen auf dem gesamten Kontinent setzen sich für Frieden, Würde, Solidarität und Demokratie ein. Diese Bewegungen stehen nicht isoliert - sie drücken eine gemeinsame Sehnsucht nach einem Europa aus, das den Menschen dient, nicht dem Profit.

Junge Menschen tragen die Zukunft in sich – und gleichzeitig sind sie die Gegenwart. Ohne die aktive Rolle der Jugend wird es keinen sozialen Wandel geben.

Die Europäische Linke und ihr Jugendnetzwerk ELYN wollen dieser emanzipatorischen Energie politische Gestalt verleihen, indem sie eine gemeinsame Front aufbauen, die in der Lage ist, die Kämpfe der Jugend zu koordinieren und eine Alternative zur neoliberalen Ordnung in Europa zu formulieren.

Vor unseren Augen entfaltet sich ein Kampf um die Herzen der Jugend. Rechtsextreme Kräfte gewinnen an Boden, insbesondere unter jungen (männlichen) Angehörigen der Arbeiterklasse. Diese Bewegungen säen Hass, Rassismus und Maskulinismus. Ihre Ideologie basiert auf Individualismus, Wettbewerb und Unterdrückung.

Die EL und ihr Jugendnetzwerk ELYN nehmen diesen Kampf auf. Wir überlassen die Jugend nicht dem Establishment oder rechtsextremen Kräften. Wir stehen für eine Vision, in der junge Menschen ihre gemeinsame Identität als Angehörige der Arbeiterklasse erkennen – als diejenigen, die den Reichtum der Gesellschaft produzieren und sie am Laufen halten.

Die EL ruft zum Aufbau einer europäischen Jugendbewegung auf, die antimilitaristisch, pazifistisch, antifaschistisch, feministisch und solidarisch ist und den Kampf für Frieden mit dem Kampf für Demokratie, Souveränität und sozialen Wandel verbindet.

### **Jugend und Recht auf Wohnen**

Die Wohnungskrise prägt die materielle Lebensrealität der jüngeren Generation in Europa. Millionen junger Menschen aus der Arbeiterklasse sind gezwungen, den Traum vom eigenen Wohnen aufzuschieben oder ganz aufzugeben.

Junge Menschen brauchen eine europäische Initiative für das Recht auf Wohnen, die den Wohnungsmarkt in Angriff nimmt und ihn wieder unter öffentliche und soziale Kontrolle stellt. Dazu gehören Mietpreisbindung, der Ausbau des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus sowie einkommensabhängige Maßnahmen speziell für junge Menschen, einschließlich des Zugangs zu bezahlbarem studentischem Wohnraum.

### **Jugendliche im Arbeitsleben: Rechte, Stabilität und Würde**

Während Mieten und Immobilienpreise dramatisch steigen, sinken die Einkommen junger Arbeitnehmer\*innen – aufgrund sinkender Löhne, Kürzungen bei Nacht- und Wochenendzuschlägen sowie zunehmend prekären flexibilisierten Arbeitsverhältnissen.

Junge Arbeitnehmer\*innen sehen sich einer besonderen und zunehmend schwierigen Situation gegenüber. Sie haben Probleme beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und sind mit prekären Verträgen, erzwungener Flexibilität und Zeitarbeit konfrontiert. Dies führt zu tiefgreifender Instabilität – insbesondere finanzieller Instabilität – in einer Zeit, in der junge Menschen unabhängig werden wollen.

In vielen Fällen wird ihnen das Streikrecht faktisch vorenthalten, da sie den Verlust ihres Arbeitsplatzes riskieren oder Kredite für Wohnraum oder Mobilität zurückzahlen müssen.

Arbeitsrechte sind das Fundament der Demokratie. Sie sind besonders wichtig für junge Arbeitnehmer\*innen, die sichere Bedingungen benötigen, um sich eine Zukunft aufzubauen. Junge Menschen aus der Arbeiterklasse – insbesondere Frauen, LGBTQIA+-Jugendliche und

Migrant\*innen – sind mit prekären Arbeitsverträgen, neuen Arbeitsrisiken, niedrigen Löhnen und unbezahlten Praktika konfrontiert.

Wir fordern kürzere Arbeitszeiten, faire Löhne, eine strengere Regulierung von Jobs in der Plattformwirtschaft, Tarifverhandlungen und die Abschaffung unbezahlter Praktika.

### **Jugend und Bildung**

Das neoliberale Modell hat das Bildungswesen in einen Markt verwandelt und Studierende zu Kund\*innen sowie Lehrende zu prekär Beschäftigten gemacht. In ganz Europa sehen sich junge Menschen nach ihrem Abschluss mit Unsicherheit, Verschuldung und befristeten Verträgen konfrontiert.

Bildung muss jedoch öffentlich, kostenlos, säkular und kritisch sein – von der Grundschule bis zu den öffentlichen Universitäten. Sie sollte Menschen stärken, statt Ungleichheit zu reproduzieren.

Wir kämpfen für ein Bildungssystem, das auf Gleichheit und kollektivem Fortschritt basiert. Dazu gehören höhere öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, ein universeller Zugang zu höherer Bildung sowie die Verteidigung der Universitäten als Orte der Freiheit und Demokratie.

### **VIII. Den Planeten retten – das System ändern**

Trotz bereits ergriffener Gegenmaßnahmen ist unsere Welt zunehmend durch die Folgen der industriellen und kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsweise bedroht.

Die Europäische Linke setzt sich für eine Umgestaltung der Wirtschaft ein, weg von unbegrenztem Wachstum und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, um so die Voraussetzungen für einen gerechten ökologischen Wandel zu schaffen. Das Ziel ist nicht, mehr Profite für die Reichen zu erwirtschaften, sondern den Übergang vom privaten Konsum zu zugänglichen öffentlichen Dienstleistungen zu vollziehen – und besser zu leben, während weniger Ressourcen verbraucht werden.

### **Öffentliches Eigentum an Gemeingütern: Entkommodifizierung, Dekolonialisierung, Sozialisierung**

In einem instabilen Klima muss die Umweltpolitik einer Doppelstrategie folgen: rasche Emissionsreduktionen und tiefgreifende Veränderungen in der Produktion, verbunden mit der Vorbereitung auf eine Welt mit wiederkehrenden Extremereignissen jenseits des Rohstoffabbaus.

Die EL setzt sich daher für eine strategische Langzeitplanung ein, die Menschenrechte vor Eigentumsrechte stellt und den Fortschritt an der Verwirklichung der Menschenrechte statt am Bruttoinlandsprodukt misst.

Erforderlich sind Mittel für die Klimaanpassung, um den Verlust und die Schäden durch den Klimawandel zu bekämpfen, sowie Technologietransfer in den Globalen Süden zu erreichen, jedoch ohne neokoloniale Ansätze. Wir befürworten ein umfassendes Programm der internationalen Forschungszusammenarbeit durch die Unterstützung öffentlicher Einrichtungen auf europäischer Ebene.

Die EL nimmt die internationale Debatte über die Verrechtlichung von Umweltstandards zur Kenntnis und bringt sich darin ein. Wir fordern die Anerkennung und den Schutz des Status von Klimaflüchtlingen. Wir verurteilen übermäßigen Konsum. Wir fordern ein Verbot des privaten Weltraumtourismus und die Regulierung der Umweltverschmutzung im Weltraum.

### **Klimawandel und Klimafolgenanpassung**

Auch wenn kritische Schwellenwerte bereits überschritten wurden, zählt jeder Bruchteil eines Grads Celsius. Das Überleben der Menschheit erfordert größtmöglichen Ehrgeiz und zu diesem Zweck ist es notwendig, das Vorsorgeprinzip unter Achtung sozialer und ökologischer Normen zu stärken.

Die EL fordert eine europäische Anpassungs- und Katastrophenstrategie, einschließlich eines eigenen Ministeriums, das mit einem den Herausforderungen angemessenen Budget ausgestattet ist, um gesundheitliche Auswirkungen wie Hitzestress und die Ausbreitung tropischer Krankheiten zu antizipieren.

Die EL fordert die Modernisierung der Infrastruktur und eine klimaresiliente Stadtplanung, einschließlich der Anwendung des Konzepts der „15-Minuten-Stadt“, um sicherzustellen, dass alle wesentlichen Dinge des täglichen Bedarfs innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. Ein Teil der dafür erforderlichen Mittel sollte aus der Umverteilung der Einnahmen aus Emissionssteuern durch Klimadividenden stammen. Die EL setzt sich ebenfalls für den vorrangigen Schutz von schutzbedürftigen Gemeinschaften ein.

### **Nachhaltige Wirtschaft: eine neue industrielle Revolution**

Wir brauchen einen grundlegenden wirtschaftlichen Wandel: weg von Ausbeutung hin zu Wirtschaftssystemen, die auf Gemeingüter und demokratische Kontrolle ausgerichtet sind.

Die EL setzt sich für eine Umstrukturierung der europäischen Industrie durch nachhaltige, lokale Kreislaufwirtschaften und die Beendigung öffentlicher Unterstützung für nicht-nachhaltige Praktiken ein. Wir fordern die Internalisierung der tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten und zu diesem Zweck die Durchsetzung der vollständigen Haftung für Umweltverschmutzung (Verursacherprinzip; Ökozid im EU-Strafrecht).

Anstelle von geplanter Obsoleszenz – die wir verbieten wollen – fordern wir garantierte langfristige Reparierbarkeit und, wo ökologisch und sozial sinnvoll, die Förderung von Reparaturen, die gemeinsame Nutzung von Produkten und Dienstleistungen sowie die Förderung gemeinschaftlicher Infrastruktur. Wir fordern die Regulierung des Finanzwesens, des Energieverbrauchs und übermäßiger Gewinne im Rahmen der planetaren Grenzen.

### **Energie, Wohnen und Mobilität**

Wir müssen uns von einem Energiemarkt befreien, der Spekulation und einer kurzfristigen Profitlogik überlassen ist – denn dies führt zu unerschwinglichen Preisen und erhält die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aufrecht. Die wirtschaftliche Militarisierung verschwendet Ressourcen, die jedoch für den Übergang zu einer sozial-ökologischen Transformation unerlässlich sind. Wir müssen mit dieser doppelt destruktiven Logik brechen, um reichlich vorhandene,

saubere und bezahlbare Energie zu gewährleisten. Dies erfordert massive, geplante öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz – Triebkräfte für industrielle

Souveränität, stabile Beschäftigung und einen gerechten ökologischen Wandel (just transition). Dies bedeutet saubere Energie, menschenwürdigen Wohnraum und barrierefreie Mobilität.

Die EL fordert:

- Austritt aus dem Energiecharta-Vertrag (Energy Charter Treaty) und Stopp der Subventionen für fossile Brennstoffe
- Beendigung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen – mit Priorität auf Dekarbonisierung und Speicherung
- Ausbau und Finanzierung der Forschung zu alternativen Energiequellen
- Investitionen in CO<sub>2</sub>-neutrale, energiepositive Wohnungen und Sanierungsmaßnahmen
- Ausbau eines erschwinglichen, hochwertigen Schienenverkehrs und kostenloser öffentlicher Verkehrsmittel
- Verbot von Privatjets, großen Yachten und Kurzstreckenflügen unter 1.000 km

### **Tiere – Jemand, nicht Etwas**

Tiere sind fühlende Wesen, keine Handelsware.

Die EL fordert:

- Umsetzung aller europäischen Bürgerinitiativen zu: Verbot von Käfighaltung, Pelztierhaltung und Tierversuchen
- Beendigung von Langstreckentransporten lebender Tiere
- Durchsetzung strenger Standards, Kontrollen und Strafen
- Einführung einer transparenten Kennzeichnung der Haltungsbedingungen
- Verbot schädlicher Zuchtpraktiken und ausbeuterischer Unterhaltung

### **IX. Landwirtschaft und Ernährungssouveränität**

In dem Maße, wie der Kapitalismus in die Landwirtschaft vordringt, stützt er sich zunehmend auf Chemikalien, Antibiotika und immer größere und leistungsstärkere Maschinen. Diese massive Substitution von Arbeit durch Kapital hat sich nicht nur nachteilig auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft ausgewirkt, sondern auch auf die Nachhaltigkeit unserer Agrarökosysteme. Es ist dringend notwendig, die Agrarökologie auf der Grundlage der Komplementarität von Lebensräumen, Arten und Sorten sowie der Schließung wichtiger biophysikalischer und chemischer Kreisläufe zu fördern. Die Völker Europas verdienen ein anderes

Landwirtschaftsmodell, das eine notwendige Voraussetzung für die Produktion ausreichender, gesunder und ausgewogener Lebensmittel ist.

Agrarökologie und Ernährungssouveränität gehen Hand in Hand und wirken dem Würgegriff des Kapitals auf unsere Landwirtschaft und Ernährung entgegen – daher fordern wir:

- das Grundrecht der Völker auf die Produktion ihrer eigenen Lebensmittel zu verteidigen - durch die Koordinierung der Agrar- und Ernährungspolitik
- jeglichen Freihandel mit Agrarprodukten abzulehnen und eine neue Zusammenarbeit zwischen den Völkern in den Bereichen Agrarforschung, landwirtschaftliche Bildung und den Austausch kulinarischer Kulturen zu fördern
- Bekämpfung jeglicher Patentierung genetischer Ressourcen und Anerkennung dieser als gemeinsames Gut der Menschheit
- Unterstützung der Erzeuger beim schrittweisen Ausstieg aus dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln unter Berücksichtigung der Gegebenheiten jedes einzelnen Betriebs
- Ausbau der Ressourcen für Lebensmittelsicherheit, Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Zertifizierungskontrolle
- Förderung der Entwicklung lokaler Lieferketten auf der Grundlage eines dichten Netzwerks von Schlacht-, Vertriebs- und Verarbeitungsbetrieben

Das derzeitige Agrarmodell ist nicht nachhaltig. Die meisten Landwirte können nur dank staatlicher Unterstützung überleben, während die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) überproportional der großen Agrarindustrie und der industriellen Tierhaltung zugutekommt. Arbeitskräfte werden ausgebeutet, Tiere zur Handelsware degradiert und Umweltkosten externalisiert.

Die geplante GAP-Reform (ab 2027) muss sich strikt an den zukünftigen Herausforderungen orientieren, das Recht jedes Bürgers und jeder Bürgerin auf Nahrung zu gewährleisten – sowohl in den 27 Mitgliedstaaten der EU als auch weltweit – und den Fortbestand landwirtschaftlicher Betriebe und der Produktion in den Mitgliedstaaten zu sichern.

Wir fordern daher, dass die GAP-Finanzierung endlich von einem marktorientierten Ansatz auf einen Ansatz umgestellt wird, der sich auf die europäische Ernährungssicherheit und -souveränität konzentriert. Wir begrüßen die Blockade des EU-Mercosur-Abkommens durch das Europäische Parlament, und sehen darin einen Sieg für die Landwirt\*innen und die linken Kräfte.

Die EL fordert eine Neuausrichtung der Agrarpolitik auf Ernährungssouveränität, Resilienz und Gerechtigkeit:

- Sicherung ausreichender, nahrhafter Lebensmittel für Europa, auch unter Berücksichtigung von Worst-Case-Szenarien
- Aufbrechen von Monopolen; Verbot von Bodenspekulation
- Förderung ökologischer, kreislauforientierter Praktiken und kurzer, transparenter Lieferketten
- Gewährleistung fairer Löhne und Preise entlang der gesamten Wertschöpfungskette
- Beendigung von Lebensmittelverschwendung und Reduzierung der Tierproduktion auf ein ökologisch vertretbares Maß
- Futtermittelimporte, die mit Entwaldung in Verbindung stehen, schrittweise einstellen; pflanzliche Ernährung fördern

- Wasser schützen, schädliche Chemikalien schrittweise verbannen und Ökosysteme wiederherstellen
- mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresflächen als Schutzgebiete ausweisen, wobei ein Drittel streng geschützt sein soll

## **X. Kultur kostet. Keine Kultur kostet mehr.**

Die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) beschäftigte vor der Pandemie rund zwölf Millionen Menschen in Vollzeit, was 7,5 Prozent aller Beschäftigten in der EU ausmachte und 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftete. Die Einkommen im Kultursektor sind jedoch nach wie vor niedrig, und die Arbeitsbedingungen entsprechen oft bei weitem nicht den Standards menschenwürdiger Arbeit geschweige denn einer fairen sozialen Absicherung.

Wir müssen anerkennen, dass Kultur ein unersetzbarer Sektor ist, der den demokratischen Dialog stärkt, uns mit der Welt verbindet, die Lehren der Vergangenheit mit den Herausforderungen der Zukunft verknüpft, zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme beiträgt und eine Kultur des Friedens fördert.

Angesichts des wirtschaftlichen Gewichts und der gesellschaftlichen Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft ist die Forderung, dass Kulturproduzent\*innen mindestens 2 Prozent aller EU-Mittel erhalten sollen, lediglich als Minimum zu verstehen. Die EL fordert hingegen eine Verdopplung dieses Budgets.

Wir fordern zudem ein „Fair-Work-Siegel“ für alle Kulturprodukte, das sicherstellt, dass diejenigen, die ein Buch kaufen, ein Konzert besuchen oder ein Videospiel verschenken, darauf vertrauen können, dass die Schöpfer\*innen angemessen vergütet wurden. Zudem muss die Doppelbesteuerung für Künstler\*innen die grenzüberschreitend in der EU arbeiten, nachhaltig beseitigt werden.

Künstler\*innen und Kulturschaffende aus den europäischen Nachbarländern (Großbritannien, Balkan, Nordafrika, Osteuropa) benötigen unbürokratischen Zugang zur Arbeit in den EU-Mitgliedstaaten – von Arbeitserlaubnissen über eine faire Vergütung und Steuererleichterungen bis hin zu befristeten Sozialversicherungslösungen.

Der Brexit hat für Künstler\*innen und Kreative auf beiden Seiten des Ärmelkanals existenzielle Probleme geschaffen. Ohne eine Neugestaltung des kulturellen Austauschs zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU – insbesondere in den Bereichen Mobilität und Zusammenarbeit – werden junge Menschen weiterhin von Ausbildung, Austausch und internationalen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben. Die EU muss daher auf Vereinbarungen hinarbeiten, die Tournée für britische Künstler\*innen und Darsteller\*innen sowie die Verbreitung britischer Kulturausstellungen erleichtern.

Der kulturelle Dialog und der Zugang zu Kultur, Information und Kommunikation müssen für alle gewährleistet sein.

Die Linke verfügt über umfangreiche Erfahrung im kulturellen Austausch. Die Europäische Linke fordert die europäische Kommission auf, die Investitionen in öffentliche europäische Medien und

Rundfunk sowie in Bibliotheken zu erhöhen, damit der Zugang zu Kultur und europäischer Geschichte allen offensteht und nicht zunehmend von privaten finanziellen Mitteln abhängt. Die Fernleihe muss vereinfacht werden.

Um einen universellen Zugang zu Kultur, Information, Wissen und Kommunikation zu gewährleisten, müssen wir zudem den Einsatz künstlicher Intelligenz durch Kultur- und Medienproduzent\*innen regulieren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kultur und Medien in den Hochsicherheitsrahmen der europäischen Kommission aufgenommen und unter dessen Geltungsbereich reguliert, anstatt als Nebenaspekt des Bildungssektors behandelt zu werden.

Europäische Initiativen zur Medienfreiheit benötigen, wie andere europäische Einrichtungen auch, eine stabile institutionelle Unterstützung. Ohne Aktivist\*innen für Medienfreiheit würden uns entscheidende Einblicke in den bedrohten Journalismus innerhalb und außerhalb Europas fehlen – sei es aufgrund von Medienkonzentration, SLAPP (Strategic Lawsuits Against Public Participation) oder direkter staatlicher Einmischung, die die freie Berichterstattung behindern.

Der interkulturelle Dialog und die Erinnerungspolitik dürfen bei der europäischen Kulturförderung nicht vernachlässigt werden. Die kulturelle Ausnahme im Urheberrecht für Archive, Museen und ähnliche Einrichtungen muss verbindlich angewendet und für die öffentliche Nutzung, Bildung und Forschung gesichert werden.

## **XI. Antiimperialismus in der multipolaren Welt**

Der Aufstieg neuer mächtiger Akteure hat das US-zentrierte Weltsystem destabilisiert. Der wirtschaftliche Aufstieg der Volksrepublik China, die Bildung der BRICS-Staaten und andere internationale und regionale Zusammenschlüsse wie die Afrikanische Union zeigen, dass sich die Welt im Wandel befindet. Die Entstehung einer multipolaren Welt ist jedoch nicht unvermeidlich, da sie sowohl auf interne Widersprüche (z. B. innerhalb der BRICS) als auch auf heftigen Widerstand seitens der etablierten Mächte stößt – vor allem seitens der USA und anderer imperialer oder regionaler Akteure.

Washington kämpft mit allen Mitteln um den Erhalt seiner Macht und will die ganze Welt in eine Logik des Kalten Krieges gegen Peking und gegen alle Länder hineinziehen, die ihren eigenen Kurs autonom verfolgen möchten. Im Gegensatz zu Trumps Konfrontationsstrategie steht die EL für Beziehungen zwischen der EU und China, die auf Multilateralismus und Zusammenarbeit bei der Lösung globaler Probleme beruhen. Der Trumpismus stellt eine aggressive Reaktion von Teilen der herrschenden Eliten in den Vereinigten Staaten auf die Brüche der kapitalistischen Globalisierung und den Niedergang der imperialen Vorherrschaft der USA dar.

Die USA haben in ihrer Sicherheitsstrategie zudem erklärt, dass sie jede Form der regionalen Integration sabotieren wollen. Deshalb versuchen sie seit Jahren, Projekte wie die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) zu schwächen: indem sie Länder gegeneinander ausspielen, Druck ausüben und rechtsextreme Verbündete unterstützen.

## **Den Bedrohungen gegen die Völker entgegenreten**

Die Verschärfung der US-Zwangsmaßnahmen gegen Kuba, die Aggression gegen Venezuela, Mexiko und Kolumbien, der Völkermord am palästinensischen Volk im Gazastreifen sowie die Kämpfe der Menschen im Iran und in Syrien finden breite Beachtung. Doch wir dürfen andere Schauplätze nicht übersehen, die eine beispiellose humanitäre Krise darstellen: den Krieg im Jemen und den Bürgerkrieg im Sudan.

Wir fordern die EU auf, die Besetzung der Westsahara durch Marokko zu verurteilen. Die EU muss die Bemühungen um eine friedliche Lösung der Kurdenfrage unterstützen. Die EL steht in Solidarität mit der demokratischen Selbstverwaltung in den kurdischen Enklaven in Rojava, die von der islamistischen Zentralregierung Syriens mit militärischer Brutalität angegriffen werden.

Wir bekunden unsere Solidarität mit dem mutigen iranischen Volk, der Frauenbewegung und der iranischen Linken in ihrem Widerstand gegen imperialistische Militärangeriffe und internationale Einmischung sowie gegen Theokratie und Monarchie. Wir fordern einen Waffenstillstand und Reparationszahlungen für den Iran. Die Sanktionen müssen beendet werden. Es ist wichtig, dass Europa sich nicht an diesem Angriffskrieg der USA und Israels beteiligt.

Eine wachsende globale Mehrheit sucht nach Alternativen zur von den USA angeführten Hegemonie. Die Partei der Europäischen Linken kämpft für eine Welt ohne Hegemonialmächte, in der kein Staat über dem Völkerrecht steht.

Unser Antiimperialismus fordert eine Europäische Union, die im Weltsystem eine ausgleichende und vermittelnde Rolle für die menschliche Emanzipation spielt, anstatt ihre eigene imperiale Agenda durchzusetzen. Daher muss sie politisch unabhängig von imperialen Machtzentren sein – alten wie neuen.

## **Wiederaufbau von Multilateralismus und globaler Gerechtigkeit**

Die EL tritt für eine Weltordnung ein, die auf den Grundprinzipien der nationalen Souveränität und dem Recht auf Selbstbestimmung beruht, und lehnt alle Formen ausländischer Intervention und Zwangsmaßnahmen ab. Wir lehnen den Einsatz einseitiger Sanktionen ab, die eine kollektive Bestrafung der Bevölkerung darstellen und gegen das Völkerrecht verstoßen. Das Bekenntnis der EL zu dieser Souveränität ist untrennbar mit ihrer internationalen Solidarität mit den Völkern verbunden, die gegen den Imperialismus und für eine gerechtere, friedlichere und kooperativere globale Zukunft kämpfen.

Die Vereinten Nationen bleiben die einzige globale Institution, die in der Lage ist, eine multilaterale Regierungsführung zu ermöglichen, die auf Recht statt auf Gewalt beruht. Wir fordern eine tiefgreifende Reform des Sicherheitsrats, die Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC), die Schaffung einer gerechten internationalen Finanzarchitektur, die Einrichtung eines Internationalen Tribunals für Klimagerechtigkeit sowie die Stärkung des Verbots des Krieges als Instrument der Außenpolitik im Einklang mit Artikel 2.4 der UN-Charta.

Globale menschliche Sicherheit erfordert die vollständige Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals SDGs). Es bedarf einer neuen globalen Finanzordnung – einer, die die Dominanz des Dollars und die Regeln des IWF und der Weltbank in Frage stellt.

## **Fairer Handel, Schuldenerlass und wirtschaftliche Entwicklung für den Globalen Süden – Nein zum Wirtschaftsimperialismus!**

Wir lehnen neoliberale Freihandelsabkommen ab und befürworten neue Rahmenbedingungen auf der Grundlage von Kooperation, industrieller und landwirtschaftlicher Souveränität, fairem Handel, sozialen und ökologischen Standards, lokaler Produktion und kurzen Lieferketten.

Wir begrüßen die Blockade des EU-Mercosur-Abkommens durch das Europäische Parlament – dies ist ein Sieg für die Landwirt\*innen und linken Kräfte.

Die Europäische Linke strebt den Aufbau einer internationalen Handelspolitik an, die der Komplexität der wirtschaftlichen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen in unserer sich wandelnden Welt gerecht wird – mit ihren neuen Technologien und der Notwendigkeit, die Bürger\*innen zu befähigen, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände in allen Ländern unseres Planeten selbst mitzugestalten.

Die Herausforderung für die globale Gesellschaft besteht darin, das Recht auf Entwicklung mit den ökologischen Grenzen des Planeten in Einklang zu bringen und einen fairen und kooperativen Austausch von Gütern und Dienstleistungen im Interesse aller zu gewährleisten. Die EL befürwortet daher eine internationale Handelspolitik, die auf den Prinzipien des für alle Seiten vorteilhaften, fairen und nachhaltigen Handels und der Zusammenarbeit basiert, einschließlich einer Neuausrichtung der internationalen Investitionspolitik.

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen jene Länder am stärksten, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Wir fordern international koordinierte Maßnahmen, um sowohl Entwicklung ohne weitere Umweltverschmutzung als auch Hilfe für Länder zu gewährleisten, die von Naturkatastrophen und den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind.

Die Verwirklichung der Menschenrechte für alle ist eine Voraussetzung für eine friedliche und gerechte Weltordnung - Menschenrechte müssen überall ohne Doppelstandards gewahrt werden. Der Aufbau neuer Kooperationen und Bündnisse ist ein Anliegen der Europäischen Linken. Deshalb möchten wir mit linken und antiautoritären sozialen Bewegungen in den USA zusammenarbeiten und eine euro-atlantische Brücke des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit errichten.

## **XII. Europa: Drücken wir den Reset-Knopf!**

In einer zunehmend instabilen Welt stehen Europa und die Europäische Union am Scheideweg. Wie auf dem Alden-Biesen-Gipfel im Februar 2026 deutlich wurde, haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs dafür entschieden, auf die vielfältigen Krisen der EU mit der Vertiefung einer weitreichenden neoliberalen Strategie zu reagieren – einer Strategie, die unsozial, klimaschädlich und zunehmend militaristisch ist.

Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass genau diese gescheiterten Politiken zu wachsender sozialer Ungleichheit führten und demokratische Rechte aushöhlten, wodurch der Aufstieg der radikalen chauvinistischen Rechten in ganz Europa befeuert wurde. Diese Kräfte stellen eine ernsthafte Bedrohung für das demokratische und friedliche Zusammenleben auf unserem Kontinent dar –

weiter ermutigt durch die Unterstützung der Trump-Regierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie, die ausdrücklich ein geteiltes Europa fordert.

Der Binnenmarkt und die EU-Verträge fördern systematisch und vorrangig Liberalisierung, Deregulierung und den freien Kapitalverkehr – wovon in erster Linie die herrschenden Eliten und die wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaaten profitieren. Gleichzeitig werden den arbeitenden Menschen Sparpolitik und prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufgezwungen, um die EU als Klassenprojekt im Dienste multinationaler Konzerne und des Finanzkapitals zu stabilisieren.

Der Kampf für Demokratie und sozialen Fortschritt spielt sich daher an zwei Fronten ab: gegen den neoliberalen Mainstream und gegen die chauvinistische extreme Rechte. Um unsere Ziele zu erreichen, muss die Linke ein eigenes Programm für ein friedliches, solidarisches, ökologisches und demokratisches Europa entwickeln. Dieses Programm darf nicht auf abstrakten Ideen beruhen, sondern muss sich an den konkreten Interessen der arbeitenden Menschen orientieren: Verbesserung der Lebensbedingungen, Förderung des sozialen und ökologischen Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft, Stärkung öffentlicher Dienstleistungen, Förderung des Friedens und Gewährleistung demokratischer Kontrolle.

In diesem Sinne stellen wir die europäischen Verträge und Richtlinien in Frage, die auf Sparpolitik und Militarisierung drängen. Wir kämpfen gegen Fragmentierung und Spaltung und setzen uns stattdessen für die Einheit der Völker ein – nicht in einem Gefängnis aus Sparpolitik und Militarismus, sondern durch ein radikal anderes, emanzipatorisches, soziales, ökologisches und friedliches Projekt. Unsere europäische Politik baut auf den internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung und auf dem gemeinsamen, europaweiten Kampf gegen den Faschismus auf. Diese Erfahrungen – geprägt von der Verwüstung der Weltkriege und den Schrecken des Holocaust – ließen Visionen eines vereinten, friedlichen Europas entstehen, das chauvinistischen Nationalismus überwinden und den kooperativen Charakter des Kontinents stärken würde - wie etwa das *Manifest von Ventotene*, das von Altiero Spinelli und Ernesto Rossi während des Infernos des Zweiten Weltkriegs verfasst wurde.

Die heutige Europäische Union trägt jedoch nicht zur Einheit der Völker Europas bei, sondern im Gegenteil: Sie wird weitgehend von den Interessen des Großkapitals und multinationaler Konzerne bestimmt. Während wir weiterhin für einen besseren Lebensstandard, einen gerechten sozialen und ökologischen Wandel, den Schutz öffentlicher Güter und die Ausweitung der Demokratie sowohl in der Gesellschaft als auch in der Wirtschaft kämpfen, erkennen wir die Notwendigkeit an, ein Programm für die Zukunft der EU zu entwickeln.

Unsere Vision eines alternativen, friedlichen Europas muss mit einer radikalen Vertiefung der Demokratie einhergehen. Dazu gehört die Bereitschaft, die EU-Verträge zu überarbeiten und die Richtung der europäischen Integration im Einklang mit den Interessen der europäischen Bevölkerung neu zu definieren, und das auf Augenhöhe.

Gemeinsame Zuständigkeiten müssen demokratisiert werden: Das direkt gewählte Europäische Parlament sollte das Initiativrecht haben, während die nationalen Parlamente eine zentrale Rolle spielen müssen. Zudem sollten alle Formen partizipativer und bürgernaher Demokratie auf jeder Entscheidungsebene gestärkt werden.

Gleichzeitig erfordert die Achtung des demokratischen Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, dass die Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten das Recht haben, unsoziale und neoliberale Maßnahmen abzulehnen, die von EU-Institutionen oder mächtigen Mitgliedstaaten auferlegt werden.

Die EL setzt sich für die Anerkennung der Existenz und der Rechte staatenloser Völker als wesentliches Element der europäischen Demokratie ein.

Europa ist nicht gleichbedeutend mit der Europäischen Union und wird es auf absehbare Zeit auch nicht sein.

Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit sowie der Schutz der Menschenrechte, der demokratischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit erfordern die Anerkennung des Status und der Verpflichtungen neutraler und blockfreier Länder wie Österreich, Irland und Malta sowie die Stärkung paneuropäischer Institutionen wie des Europarats und der OSZE.

Unserer Ansicht nach muss die EU-Erweiterung den Interessen der Menschen dienen. Die EL wird die Beitrittsprozesse von Fall zu Fall bewerten, in Zusammenarbeit mit linken Kräften, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in den Beitrittsländern. Die Erweiterung muss den Zielen der Solidarität, der Zusammenarbeit und des Friedens dienen. Sie darf weder zu einem Instrument zur Sicherung billiger Rohstoffe, Arbeitskräfte oder neuer Märkte werden, noch darf sie für geopolitische oder geökonomische Zwecke instrumentalisiert werden. Die Europäische Linke solidarisiert sich mit Basisbewegungen – wie etwa in Serbien –, die für Demokratie und Umweltschutz gegen kleptokratische Systeme kämpfen.

Die Vision eines Europas, das sowohl unabhängig von den Vereinigten Staaten ist, und sich grundlegend vom derzeitigen unsozialen, klimaschädlichen und militaristischen Kurs abhebt, in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen, wird eine zentrale Herausforderung für die europäische Linke in den kommenden Jahren sein. Diese Alternative muss durch Dialog, Zusammenarbeit und eine gestärkte Einheit im Handeln aufgebaut werden.

### **Migration und Europa**

Unsere Forderungen zur Migrationspolitik sind humanistisch und grundlegend politisch. Einerseits wandern viele Menschen aus Afrika und Asien nach Europa aus, auf der Flucht vor Elend und Unterdrückung, die durch die Politik der USA und der EU hervorgerufen wurden. Andererseits ist Migration seit Jahrhunderten ein Motor für neue menschliche Begegnungen und positive Entwicklung. Die Gesellschaft muss Flüchtlinge, die vor Krieg, Hunger, Klimawandel und Verfolgung fliehen, unterstützen und aufnehmen.

Gleichzeitig bringen Migrant\*innen – wie so viele Arbeitnehmer\*innen in europäischen Ländern – wertvolle kulturelle Erfahrungen mit, die Anerkennung, Respekt und Austausch verdienen. Integration bedeutet, ihnen ein würdiges Leben mit gleichen sozialen und politischen Rechten und Pflichten sowie die Möglichkeit zu garantieren, innerhalb eines klar definierten Zeitraums die Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Die Entmenschlichung der EU-Migrationspolitik durch die europäische Kommission, den Europäischen Rat und die Mehrheit des Europäischen Parlaments ist eine Schande. Die Verabschiedung des Migrationspakts durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament

stellt ein unwürdiges Zugeständnis an rechtsextreme Kräfte dar. Wir fordern einen klaren Bruch mit der „Festung Europa“ und setzen uns entschieden für das Menschenrecht auf Asyl sowie für legale und sichere Wege der Migration ein.

Dazu gehört das Bestreben, einen bedeutenden Beitrag an Neuansiedlungsplätzen in der EU auf der Grundlage des Neuansiedlungsbedarfs des UNHCR zu leisten und ergänzende Wege zu eröffnen, wie etwa die Vergabe humanitärer Visa. Dies sollte auch Wege für legale Arbeitsmigration umfassen.

Das Recht auf internationalen Schutz sollte in allen EU-Mitgliedstaaten wirksam gewährleistet sein. Anstatt Standards zu senken, muss die Europäische Kommission sicherstellen, dass der bestehende EU-Asyl-Acquis gewahrt bleibt, und sich auf dessen tatsächliche Umsetzung konzentrieren. Die derzeitige Dublin-Verordnung sollte durch einen verbindlichen Mechanismus zur Verteilung von Asylsuchenden in der gesamten EU ersetzt werden, wodurch das Prinzip der Zuständigkeit des ersten Einreisemitgliedstaats abgeschafft wird. Dieser Verteilungsmechanismus sollte schnell und für alle zugänglich sein und in jeder Situation vom ersten Tag an gelten – auch außerhalb von Krisensituationen.

In Krisenzeiten müssen die am stärksten schutzbedürftigen Gruppen Vorrang erhalten. Der Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Reform der Dublin-Verordnung stellt in dieser Hinsicht einen zentralen Vorschlag dar.

Wir fordern die Ratifizierung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Migrant\*innen und ihren Familienangehörigen durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Europäische Union muss das Mittelmeer von einer militarisierten Grenze und einem Massengrab in einen Raum der Zusammenarbeit und Solidarität verwandeln sowie bestehende Partnerschaften mit Afrika stärken und neue, gleichberechtigte Partnerschaften aufbauen. Dazu gehören die Abschaffung des CFA-Francs, die Achtung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Souveränität sowie die Bekämpfung der Ursachen von Migration in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern und regionalen Organisationen.

Wir kämpfen gegen alle Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus – gegen alle Formen der Spaltung und Diskriminierung von Minderheiten. Wir setzen uns für die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes ein.

Über die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte hinaus spielen Gewerkschaften eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung der von der extremen Rechten geschürten Fremdenfeindlichkeit. In einem Kontext, in dem Migration kriminalisiert und Migrant\*innen als gesellschaftliche Bedrohung stigmatisiert werden, sind linke und progressive Gewerkschaften wichtige Akteure beim Aufbau einer Kultur der Solidarität, Inklusion und Gerechtigkeit. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpft die EL für das Menschenrecht auf Migration und für menschenwürdige Arbeit für alle, unabhängig von der Herkunft. Damit tun wir mehr, als nur Arbeitnehmer\*innen zu schützen – wir weben aktiv das Gewebe einer integrierten und von Zusammenhalt geprägten Demokratie.

Die Einheit zwischen einheimischen und zugewanderten Arbeitnehmer\*innen ist unverzichtbar, um dem neoliberalen Modell entgegenzutreten und ein gerechteres, pluralistischeres und humaneres Europa aufzubauen. Im Bündnis mit den Gewerkschaften bekämpfen wir nicht nur institutionellen

Rassismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz, sondern bekämpfen auch Hassreden, die darauf abzielen, die Arbeiterklasse zu spalten.

### **Migration unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive**

Migrantinnen sind besonderen Risiken ausgesetzt, darunter sexuelle Gewalt auf den Migrationsrouten und die emotionale Belastung, ihre Kinder zurücklassen zu müssen. Die Europäische Union muss den derzeitigen Asyl- und Migrationspakt ablehnen und einen neuen Pakt mit einer umfassenden Geschlechterperspektive verabschieden, der sichere und legale Alternativen schafft. Die Migrationspolitik muss feministischen Grundsätzen folgen, die auf Schutz und nicht auf Ausgrenzung abzielen.

### **XIII. Sozialismus statt Barbarei**

Krieg und Krise haben in unseren Gesellschaften ein Klima der Unsicherheit geschaffen. In vielen Ländern hat dies zu einem Aufstieg rechtsextremer Parteien geführt. Aber das muss nicht so sein. Widerstand und Protest nehmen zu.

Wir wollen zwei klare Botschaften senden:

Erstens: Dieser Kampf ist zu gewinnen. Zeiten des Umbruchs sind auch Zeiten der Möglichkeiten. Die großen sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse – in Frankreich, in Griechenland, in Portugal, Italien, in Belgien und in vielen anderen Ländern – beweisen dies.

Zweitens: Die Voraussetzung für den Sieg ist die Einheit. Es steht zu viel auf dem Spiel. Die Partei der Europäischen Linken ist die europäische Partei der Arbeiterklasse, des Volkes und des Friedens. Gemeinsam mit den Parteien, die sie vereint, kämpft sie für eine Gesellschaft, in der die freie Entfaltung jedes Einzelnen die Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Jugendorganisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, linken, grünen und allen fortschrittlichen Kräften hat das Potenzial, das derzeitige kapitalistische System in Frage zu stellen und zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu führen. Wir brauchen breite Bündnisse und eine klare Agenda zu den wichtigsten Themen, die die Grundlage für gemeinsames Handeln bilden.

Angesichts des historischen Dilemmas zwischen Sozialismus und einer Rückkehr zur Barbarei haben wir uns für die Seite des Friedens und des Sozialismus entschieden. Das ist unser politisches Programm. Deshalb sind wir hier.

Und genau dazu hat sich die Partei der Europäischen Linken verpflichtet – aktiv, entschlossen und solidarisch.